Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kreßin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411

Nr. 11. **Halle, Montag den 14. Januar 1918.** **2. Jahrgang.**

Wichtige Besprechungen in Berlin.

Bedeutsame politische Beratungen und Entschließungen stehen bevor. Die Besprechungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung wurden eingeleitet durch den gestrigen Empfang des Kronprinzen beim Kaiser und durch die gestrigen Konferenzen zwischen Hindenburg, Ludendorff und zahlreichen leitenden Persönlichkeiten. Die wichtigste Besprechung war auf Sonntag nachmittag zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler Grafen Hertling angesetzt. Das Ergebnis dieser Konferenzen wird sodann der Gegenstand der Besprechung beim Kaiser bilden, die auf Montag anberaumt ist und an der alle beteiligten Persönlichkeiten teilnehmen werden.

Ein Kronrat im eigentlichen Sinne wird diese Besprechung nicht sein, da nicht alle Staatsminister an ihr teilnehmen werden. Trotzdem wird das Ergebnis dieser Beratungen von größtem Einfluß auf die weitere Führung des Krieges und auf die Gestaltung unserer politischen Verhältnisse sein. Außer diesen Besprechungen sind in dieser Woche mindestens zwei Kanzlerreden zu erwarten. Eine im Hauptausschuß des Reichstages über die auswärtige Politik und eine im Herrenhaus über die innere preußische Politik. Der Tag der Rede des Grafen Hertling im Hauptausschuß ist noch nicht ganz sicher bestimmt. Voraussichtlich wird der Kanzler diese Rede am Mittwoch halten. Da an diesem Tage die allgemeine politische Debatte, die eine Woche lang durch andere mit dem Friedensschluß zusammenhängende Erörterungen unterbrochen war, wieder aufgenommen werden soll.

Graf Hertling wird ausführlich auf die bereits ergangenen oder noch zu erwartenden Kundgebungen der leitenden Staatsmänner der Entente antworten. Im Herrenhaus wird Graf Hertling am Dienstag sprechen. Er wird sich dem Hause als preußischer Ministerpräsident vorstellen, und man nimmt an, daß er dabei bereits die schwebenden Probleme der innerpreußischen Politik berühren wird, obwohl sich das Herrenhaus erst in einem viel späteren Zeitpunkte mit ihnen zu beschäftigen haben wird.

*

Die Times meldet aus Petersburg, daß in einer Geheimkonferenz über die Demobilisierung Lenin der Befürchtung Ausdruck gab, daß die Friedensverhandlungen fehlschlagen könnten. Darum, sagte er, sei es notwendig, der Auflösung der Armee entgegenzuarbeiten und Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gefechtswertes und zur Verteidigung Petersburgs zu überlegen.

*

Montag nachmittag wird voraussichtlich der Reichskanzler den Führern der Reichstagsparteien über Inhalt und Ergebnis der Beratungen Mitteilung machen. Wie weiter verlautet, ist sei auch der deutsche Gesandte im Haag, von Rosen, in Berlin eingetroffen, desgleichen der Botschafter Graf Bernstorff nach Berlin berufen worden.

Brest-Litowsk.

Zu Beginn der Plenarsitzung, die am Sonnabend um 11 Uhr 30 Minuten vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, Graf Czernin, folgende Erklärung ab:

In der Plenarsitzung am 10. Januar hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24. Dezember 1917, Nummer 726, übergeben. Diese Note enthielt unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt, und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehre ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten.“

Herr Trotzky, welcher sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

„Im Zusammenhange mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Vierbundes behandelten Frage erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraina wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraina in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben.“

General Hoffmann, der hierauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trotzki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoßen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens.“ Die russische Propaganda verfolge hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Äußern betrieben keine analoge Propaganda.

Herr Trotzki erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrags keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär von Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trotzki entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenherzig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse aussprächе, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Russischer Staatsbankerott?

London, 14. Januar. (Reuter.) Der Petersburger Korrespondent des Manchester Guardian meldet vom 8., daß die Volkskommissare beabsichtigen, in den nächsten Tagen ein Dekret zu erlassen, durch das die russische Staatsschuld annulliert wird. Der Korrespondent erfährt, daß das Dekret folgende Verfügungen enthalten wird:

1. Alle Anleihen und Schatzscheine, die im Besitz von Ausländern im Auslande oder in Rußland sind, sind ungültig.
2. Die Anleihen und Schatzscheine im Besitze russischer Untertanen, die mehr als 10 000 Rubel Kapital besitzen, sind ungültig.
3. Anleihen und Schatzscheine im Besitze russischer Untertanen, die ihr Kapital in russischen Anleihen angelegt haben, die 1000 Rubel nicht überschreiten, werden mit fünf Prozent vom Nominalwert verzinst. Denen, die 10 000 Rubel besitzen, werden drei Prozent ausgezahlt werden.
4. Arbeiter und Bauern, die russische Anleihe oder Schatzscheine im Werte von 100 Rubel besitzen, können sie dem Staat für 75 Prozent des Nominalwertes verkaufen, die, welche 600 Rubel besitzen, zu 70 Prozent.

Petersburg, 14. Januar. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Erlaß des Rates der Volkskommissare ordnet die Einstellung der Bezahlung von Kupons und Dividenden an. Die Bezahlung von Kupons ist bis zum Erlaß einer neuen Verfügung verboten. Der Handel mit Aktien und Obligationen ist bei Strafe der Einziehung der Immobilien verboten.

Unabhängige Verwirrung.

Zerfahrenheit auf der ganzen Linie — das ist das Kennzeichen der unabhängigen Politik. Der einzige Grundsatz, der von allen Unabhängigen auf das Strengste beachtet wird, ist der, unter allen Umständen Opposition zu machen. Dabei ist es nur erklärlich, daß heute das vermöbelt wird, was man gestern noch verteidigt hat. Das kann man an der Leipziger Volkszeitung alle Tage beobachten. Und dabei kommt das Zentralorgan für unentwegte Unabhängigkeit von aller Moral und Vernunft in einem fort unter den Schlitten. Dafür liefert die Leipziger Volkszeitung vom 11. Januar, aus der wir bereits die Angelegenheit Breitscheid unter der Spitzmarke: Dreifache Moral der Leipziger Volkszeitung, behandelt haben, gleich zwei interessante Beispiele. In einem Artikel: Bezeichnendes Schweigen, heischt das Unabhängigenorgan Klarheit über die Vorgänge in Brest-Litowsk. Es vermutet, daß sich die Frage nach dem Verhandlungsorte, die natürlich von den Bolschewiki nach der Leipziger Volkszeitung mit Recht aufgeworfen worden ist, hinter den Formfragen, die bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen besprochen wurden, verberge, d. h. daß die Unterhändler der Mittelmächte sich scheuen, die Frage öffentlich zu verhandeln. Auch über die Verhandlungen mit den Ukrainern vermißt die Leipziger Volkszeitung in ihrer Ungeduld die nötigen klärenden Mitteilungen. „Die **Geheimdiplomatie tritt demnach wieder in Uebung. . . . Hat man in der Regierung die Absicht, die Maske der Oeffentlichkeit der Verhandlungen fallen zu lassen?“** Im Anschluß daran wird das Wolffsche Telegramm mitgeteilt, wonach sich die russische Delegation bereit erklärt hat, die Verhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen, und worin gesagt wird, daß die vom Wolffschen Bureau veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 29. Dezember dem tatsächlichen Hergange entspricht und die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung von russischer Seite als unrichtig bezeichnet wird. Das ist natürlich der biederen Leipz. Volkszeitung sehr unangenehm. Sie meint, die Meldung im letzten Satze lasse allerlei Schlüsse zu auf die Haltung der russischen Delegation, die sie aber schlauerweise zurückhalten will, bis besseres Informationsmaterial vorliegt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Ausflüsse eines bekümmerten Oppositionsgemütes bringt das unabhängige Organ den ausführlichen amtlichen Bericht (anderthalbe Druckspalte Petitsatz) über die Erklärungen der deutschen Unterhändler, woraus nicht nur hervorgeht, daß die Unterhändler der Mittelmächte keinerlei Schuld an den aufgetretenen Differenzen trifft, sondern der auch die von der Leipziger Volkszeitung vermutete Wiederaufnahme der Geheimdiplomatie hündig widerlegte. Die weiteren Veröffentlichungen haben bekanntlich ergeben, daß auch die russischen Unterhändler keine Schuld an den Differenzen und Falschmeldungen trifft, sondern dritte unverantwortliche Kreise in Petersburg, die an solchen Falschmeldungen ein Interesse haben. Jedenfalls lassen sich die Dinge in Brest-Litowsk in keiner Weise gegen die Unterhändler des Vierbunds ausschlachten. Der einzige Differenzpunkt, der schon am 28. Dez. bestand, nämlich der über die Auslegung des Selbstbestimmungsrechts, wird loyal in einer Unterkommission verhandelt. Und da unsere Unterhändler durch ihre ganze Tätigkeit bewiesen haben, daß sie ehrlich den Frieden mit Rußland wollen, so darf auch auf die gütliche Einigung in der einzigen Streitfrage gerechnet werden, so daß der Sonderfrieden mit Rußland, gegen den die Leipziger Volkszeitung wie besessen eifert, als nahezu gesichert betrachtet werden kann.

*

Das zweite Beispiel dreht sich wieder um die schwankende Beurteilung der Bolschewiki in der Leipziger Volkszeitung. Die unabhängige Parteimitgliedschaft in Chemnitz hatte am 6. Januar eine Versammlung abgehalten, in der eine Reihe Artikel der Leipziger Volkszeitung kritisch besprochen wurden und das Ergebnis der Aussprache in folgender einstimmig angenommener Entschließung zusammengefaßt wurde:

> Die Chemnitzer Parteigenossenschaft erhebt Protest gegen die Politik, die in den Artikeln A. Steins, Eduard Bernsteins und Thorwestens über die Taktik der russischen Bolschewiki in der Leipziger Volkszeitung zum Abdruck gebracht wurde. Diese Politik ist nicht nur eine Brüskierung des russischen Proletariats und seiner Beauftragten, sondern sie ruft in ihrer Wirkung nur Verwirrung beim deutschen Proletariat hervor, macht es unfähig, seinerseits geeignete Schritte zu ergreifen, um der sozialistischen Sache in Deutschland zum Aufschwung zu verhelfen. Der Protest soll der Zentralleitung der Partei zur Kenntnis gebracht werden.

Es regt sich also schon in den eigenen Kreisen Widerspruch gegen die alles gesunde Denken verwirrende Hin- und Hervolitik der Leipziger Volkszeitung. Das unentwegte Organ der Unabhängigen rechtfertigt die weit voneinander abweichenden Auffassungen der führenden Unabhängigen in der Leipziger Volkszeitung über die Politik der Bolschewiki damit, daß die Bernstein, Stein, Thorwesten doch auch zur Partei gehören und nicht nur für sich, sondern für eine ganze Anzahl Parteigenossen sprechen, „so daß die Leipziger Volkszeitung gerade in ihrer jetzigen Stellung in der Partei, bei dem Mangel an andern Organen für solche Diskussion, sich nicht für berechtigt halten durfte, die ernsten Bedenken dieser Genossen einfach zu unterdrücken.“ Die Behauptung aber, daß diese Artikel nur Verwirrung auslösten, „scheint“ der Leipziger Volkszeitung nicht recht vereinbar mit der Forderung der Chemnitzer konfus gewordenen Parteigänger, daß die Massen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180114-17/fragment/page=0001

die Streitfragen nicht einzelnen führenden Genossen überlassen sollen, sondern selbst nach Klarheit streben sollen. Wie in aller Welt aber sollen sich die Genossen Klarheit verschaffen, wenn ihr führendes Organ solche unheilvolle Konfusion anstiftet und selbst nur Beweise seiner eigenen Unklarheit gibt?

Und um nun zu zeigen, daß sie doch auf dem richtigen Wege ist, wenn sie die bestehende Unklarheit möglichst „vertieft", bringt die Leipziger Volkszeitung in derselben Nummer, in der sie die Chemnitzer Kritik abwehren muß, an leitender Stelle einen neuen Artikel über „Das Recht der Bolschewiki" von einem ungenannten Verfasser, der den armen Stein, der den Stein der Unterhaltung über die Bolschewiki ins Rollen gebracht und also in diesem Falle das Unheil an der Verwirrung eigentlich verschuldet hat, unbarmherzig zudeckt und die Politik der Lenins und Trotzkis rechtfertigt. Aber, meint der ungenannte Verfasser, das, worum man sich da streitet, seien ja nur Bagatellen. „In der Aussprache, die die Möglichkeit bot, zur Revolution in ihrer letzten Phase Stellung zu nehmen, schien schließlich das Hauptinteresse sich auf die Falstaff-Figur des Helphand Parvus Pascha (wie fein und — überzeugend!) zu konzentrieren. Berge wanken und man debattiert leidenschaftlich darüber, wohin ein Lehmklumpen, der dabei zufällig durch die Luft fliegt, hinklatscht! In der sozialdemokratischen Presse aber hat man nichts wichtigeres zu tun, als die Klagen des zartbesaiteten Genossen Stein darüber zu verbreiten, daß die bösen Bolschewiki bei ihrem Sturm gegen die Konterrevolution gar so undemokratisch verfahren und den braven Menschewiki auf die Hühneraugen treten. Wir wissen wohl, daß es die anormalen Bedingungen des politischen Lebens in Deutschland sind, die zu solchen grotesken Erscheinungen führen; um so bedauerlicher sind sie" usw. usw.

Also um Bagatellen streitet man sich in der Leipziger Volkszeitung herum! Die Leipziger Volkszeitung nennt das „Klarheit schaffen" und die Chemnitzer Unabhängigen werden auch in diesem Geistesprodukt nur einen neuen Beweis dafür sehen, daß die Leipziger Volkszeitung nur Verwirrung anstiftet. Wir aber führen diese „grotesken Erscheinungen" nicht auf die anormalen Bedingungen des politischen Lebens in Deutschland zurück, sondern nur auf den Geist der unbedingten Opposition und Negation, der zu weiter nichts als Widersprüchen und Verwirrung führen kann.

•

In dem obenerwähnten Artikel der Leipziger Volkszeitung findet sich auch dieser Satz: „Im deutschen Reichstage mußte sich ein David lächerlich machen mit der kindischen Behauptung, wir hätten den Zarismus gestürzt". David wollte natürlich weiter nichts sagen, als die Selbstverständlichkeit, daß der Zusammenbruch des russischen Absolutismus eine Folge der russischen Niederlage sei, die wieder eine Folge der deutschen Widerstandskraft und der deutschen Siege sind. Im Leitartikel der Leipziger Volkszeitung am 17. November konnte man lesen:

Die russische Armee wurde im Kriege zermürbt durch die lange Dauer erfolglosen Ringens voll der schmerzlichsten Verluste und Bemühungen — nur das hatte die Revolution möglich gemacht.

Der das geschrieben hat, war kein anderer als Karl Kautsky. Wenn zwei dasselbe sagen, ist es nach der vielfältigen Moral der Leipziger Volkszeitung doch nicht dasselbe.

Rechtsfragen vor dem Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am Freitag mit den Rechtsfragen, die zwischen Deutschland und Rußland erledigt werden müssen. Geheimrat Simons vom Auswärtigen Amt bespricht ausführlich die Rechtsverhältnisse in den besetzten Gebieten des Ostens, wo man in dieser Hinsicht vor einem Trümmerfeld stehe. In dieses Chaos Ordnung zu bringen bedinge eine ungeheuerliche Arbeit. Vor allen Dingen müsse die Unantastbarkeit des Privateigentums gewahrt bleiben. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf diesem Gebiete konnten bisher noch nicht wesentlich gefördert werden. Die russische Delegation konnte sich noch nicht binden, denn ihr fehlten die nötigen international vorgebildeten Juristen. Für Verträge, die nicht sofort wieder in Kraft gesetzt werden können, müssen Uebergangsvorschriften vereinbart werden. Die politischen Verträge jedoch bedürfen selbstverständlich einer Revision. Vor allen Dingen wird darauf zu sehen sein, daß jene Verträge rasch wieder zur Geltung kommen, die wesentlich wirtschaftlicher Natur sind. Die größten Schwierigkeiten bildet die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse, des Wechselrechts, der Forderungsverhältnisse usw. Die privaten Rechte sollen wieder hergestellt und die Geschädigten schadlos gehalten werden. Unsere Auslandsdeutschen sind durch nichts härter getroffen worden als durch die Liquidierung ihres Besitzes und es ist zu begrüßen, daß diese Besitzverhältnisse wieder hergestellt werden sollen. Der gegenseitige Verzicht auf Kriegsentschädigung ist bekannt. Wegen des Ersatzes der Kriegsschäden haben die Russen vorgeschlagen, eine gemeinsame Kasse zu bilden, um daraus die Schäden zu decken. Dieser Weg erwies sich als nicht gangbar. Uebrigbleibende Streitpunkte sollen internationalen Kommissionen zur Entscheidung unterbreitet werden.

Abg. Dowe erklärt sich mit diesen Darlegungen im allgemeinen einverstanden und bringt einige Spezialwünsche zur Sprache.

Abg. Junk (Natl.) wünscht insbesondere baldige Vereinbarung mit Rußland über das Urheberrecht und über das Patentrecht.

Abg. Waldstein (Fortschr.) empfiehlt die Hinzuziehung von Sachverständigen aus Handel und Industrie und bespricht dann die Frage der Entschädigung für Requisitionen. Im Bezirk Ober-Ost ist bisher noch keine Bezahlung erfolgt. Der Ausbau der internationalen Schiedsgerichtbarkeit ist mit Freuden zu begrüßen, damit künftig das Prinzip des Rechts über dem Prinzip der Gewalt steht.

Abg. Erzberger ist befriedigt davon, daß der Gedanke der Schiedsgerichte immer festere Formen annimmt. Man könne in Brest-Litowsk auch anregen, den gregorianischen Kalender einzuführen. Daß die Requisitionen bezahlt werden müssen, ist selbstverständlich; es fragt sich nur, wer für die Gebiete bezahlen müsse, die sich von Rußland loslösen.

Geheimrat Simons gibt auf die gestellten Fragen Auskunft. Grundsatz des Völkerrechts ist, daß in allen Fällen, in denen ein Staat privates Eigentum fremder Staatsangehöriger einzieht, Schadenersatz geleistet werden muß. Für eine Bezahlung der Requisitionen muß unbedingt gesorgt werden; erst muß aber feststehen, was aus den besetzten Gebieten wird. Im Gebiete von Ober-Ost wird jetzt Bezahlung erfolgen.

Abg. v. Trampczynski (Pole) bespricht Ueberfälle bei Vornahme von Requisitionen und führt lebhafte Kritik an dem Verfahren der Reichsentschädigungskommission, das geeignet ist, überall Entrüstung hervorzurufen.

Abg. Ebert (Soz.) findet die vorgeschlagenen Richtlinien für annehmbar. Der Grundsatz, daß jeder der streitenden Teile seine Kosten selber trage, sei durchaus berechtigt. Eine Verständigung würde erschwert, wenn man dazu übergehen wolle, sich gegenseitig die Schäden vorzurechnen. Die Requisitionen, bei denen zweifellos oft recht rigoros verfahren wurde, müssen sobald als möglich bezahlt werden. Die Russen dürften ohne Zweifel Interesse haben für Fragen des internationalen Arbeiterrechts. Diese Fragen sind von hoher Bedeutung für Handel und Industrie. Eine Verständigung auf diesem Gebiete festigt nicht nur den Frieden, sondern macht auch einen großen moralischen Eindruck. Es kommt hier in Frage das Koalitionsrecht, die Aus- und Einwanderung und dann vor allen Dingen die Arbeiterversicherung. Die bei uns

Französische Kammerverhandlungen.

Der Minister des Aeußern, Pichon, erklärte in einer Rede:

Die Verweigerung der Pässe für Petersburg

ist keine grundsätzliche Frage. Man kann es zulassen, und ich für mein Teil gestatte es gern, daß zwischen den russischen Sozialisten und den französischen Beziehungen und Besprechungen angebahnt werden. Ich habe erklärt, daß wir Rußland keineswegs aufgeben, daß wir mit allen Teilen des russischen Volkes in Berührung bleiben und keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Meinungen in diesem Lande machen. Aber bei der Frage der Ausstellung von Pässen handelt es sich darum, ob diese vorteilhaft sei. Außerdem ist dies Verlangen in einer zu dunklen Stunde gestellt worden, als daß wir ihm Folge geben könnten. In der Tat wollen die französischen Sozialisten sich mit der maximalistischen Regierung und ihren Freunden einlassen. Nun, dieser Schritt war für uns voller Gefahren. Hätten wir ihn gültig gemacht, so hätten wir unseren Anteil an der Verantwortung auf uns genommen. Diese Verantwortung haben wir nicht auf uns nehmen wollen, und wir sind fest entschlossen, sie nicht auf uns zu nehmen.

Wir wollen in keiner Weise mit maximalistischen Besprechungen verquickt werden; denn wir besitzen den Beweis, daß Deutschland uns hineinzuziehen versucht hat. An dem Tage, an dem man unmittelbar mit Friedensvorschlägen an uns herantreten würde, werden wir sie in Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen prüfen und beantworten. Von Verhandlungen über diese Angelegenheiten mit der usurpatorischen Gewalt in Petersburg kann keine Rede sein. Wir sind gleichfalls gegen jeden Gedanken einer internationalen Arbeiterkonferenz, wie ihn die Tagesordnung der französischen Partei auf dem Kongreß der allgemeinen Arbeitervereinigung in Clermont Ferrand ausspricht. Danach bestätigt der Kongreß, daß die Arbeiterverbände das Recht haben, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, und eine solche im Bedarfsfalle herbeizuführen. Diese Konferenz würde noch gefährlicher sein wie Besprechungen mit den Maximalisten. Sie würde die öffentliche Meinung erschrecken und an die Stelle der Autorität der Regierung private Initiative setzen, ohne von dem Skandal solcher Versammlungen zu sprechen, wo die französischen Patrioten sich mit den Anstiftern treffen würden, die Anstifter der Drangsale, unter denen die Welt heute leidet.

Eine Gruppe von Sozialisten der Kammer hat eine Kundgebung an die russischen Sozialisten gerichtet, welcher wir uns im vaterländischen Interesse nur anschließen können, sie warnt sie vor einem Waffenstillstand und einem Sonderfrieden. Trotzki hat auf diese Kundgebung erwidert mit einem Brief voller Beleidigungen gegen die hervorragendsten Mitglieder der französischen Sozialisten-Partei, Guesde, Sembat, Thomas, van der Velde und gegen die geachtetsten Mitglieder der Kadettenpartei, welche weiter unsere Freunde sind und die beschimpft wurden als internationale Raubritter. Dieser Brief ist voll Verachtung und Geringschätzung für die Sozialisten von der Farbe Kerenskis, welche als „Versöhnungssozialisten" bezeichnet werden. Was die Intervention der sozialistischen Gruppe der französischen Kammer anbetrifft, so erklärt Trotzki, daß die Gruppe völlig verantwortlich für ihre Erniedrigung sei. Wir hoffen, schloß Trotzki, auf einen allgemeinen demokratischen Frieden. Wir können ihn nur erhalten durch einen heldenhaften Ansturm des Arbeiter-Proletariates in allen Ländern. Gegenüber der nationalen Bourgeoisie schließt der Burgfrieden die Möglichkeit eines solchen Kampfes aus und bindet dem Proletariat Hände und Füße im Dienste der Bourgeoisie.

In einem andern Brief, den Trotzki in der Stunde schrieb, als er Frankreich verließ und der gerichtet ist an einen Mann, dessen unbeugsame Vaterlandsliebe ich hochschätze, nämlich Jules Guesde, sagt er, nachdem er die hervorragendsten Mitglieder der französischen Sozialisten-Partei beleidigt hat: Von Euch vertrieben, verlasse ich Frankreich mit einem tiefen Glauben an unsern demnächstigen Triumph. Pichon fuhr fort: Ich war betroffen durch die Stelle in der sozialistischen Erklärung, welche mir am 31. Dezember verlesen worden ist und in welcher man uns der Unätigkeit bezichtigt gegenüber der Tatkraft unserer Gegner. Aber auf meine Erklärung folgten diejenigen Lloyd Georges und Wilsons, Orlandos und Balfours. Man will jetzt entgegenwirken, aber steht man hinsichtlich dessen, wofür wir kämpfen, einen Zwiespalt? Für einen gerechten und dauerhaften Frieden sind drei Bedingungen erforderlich: die heilige Urt der Achtung vor Verträgen, eine Gebietsregelung, welche sich auf das Recht der Völker, über sich zu verfügen, gründet und endlich Einschränkung der Rüstungen. Das ist unser Programm, das ist das Programm, welches Lloyd George gelegt hat.

Was die Gesellschaft der Nationen anbetrifft, so kann der Sieg allein sie wirklich schaffen. Das hat Lloyd George erklärt und das ist auch unser Programm.

Pichon fuhr fort: Auch Wilson bestätigt, daß zwischen den von ihm und von den Alliierten aufgestellten Grundsätzen kein Unterschied bestehen. Wilson verlangt die Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken, Räumung der russischen Gebietsteile, Räumung der unsrigen, Wiederherstellung Belgiens, Rumäniens und Serbiens und Wiedergutmachung des Frankreich im Jahre 1871 verursachten Schadens. Das war die Stelle in den Erklärungen des Präsidenten, die den stärksten Beifall fanden. Alle Tribünen, die ganze Versammlung beschen in Beifallskundgebungen aus. (Lebhafter Beifall.) Diese Erklärungen, die Hoch der Lloyd Georges kamen, verleihen unseren Forderungen einen weltumfassenden Charakter. Was wir wollen, ist Friede und Gerechtigkeit, geheiligt durch die Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, die höher steht als alle heuchlerischen Volksabstimmungen. Alle Erklärungen der Alliierten stimmen überein. Freilich sind sie nicht gleich in der Form, aber sie sind es in der Sache. Albert Thomas beschuldigte uns, wir hätten es an Initiative fehlen lassen. Er verkannte mich. Ich habe meine Rede vom 27. Dezember am folgenden Tage unseren Alliierten telegraphiert, um sie zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, verabredete Erklärungen abzugeben. Die Frage wurde verneint. Unsere Alliierten waren einstimmig der Meinung, daß es vorzuziehen sei, gesonderte Erklärungen abzugeben; da es im Grunde keine Meinungsverschiedenheit gebe.

Auf die Aufforderung Moutets, die Antworten zu verlesen, erwiderte Pichon: Ich weiß nicht, welcher Art die künftige Diplomatie sein wird. Ich lebe mit der gegenwärtigen Diplomatie und versichere, ich würde niemals darein willigen, unsere diplomatischen Verhandlungen der Oeffentlichkeit auszuliefern. (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf der Rechten.)

•

Die französische Kammer nahm eine Vertrauens-Tagesordnung mit 377 gegen 113 Stimmen an. Die Minderheit umfaßt 85 Geeinigte Sozialisten, 23 sozialistische Radikale, 3 sozialistische Republikaner und 2 Unabhängige.

Sturmszenen in der französischen Kammer.

Ueber Genf wird vom 13. Januar berichtet:

Die gestrige fast siebenstündige, ungeheuer stürmisch verlaufene Sitzung der französischen Kammer brachte das erste Licht über die in der Entente bestehenden Meinungsverschiedenheiten, die eine gemeinsame Kriegszielnote verhindert haben. Pichon gab im Laufe seiner Rede Aufklärungen, die die Havasagentur aber bezeichnenderweise weiterzuverbreiten vergaß, obwohl diese Erklärungen zu ungeheuren Tumultszenen führten und der Anlaß waren, daß sich außer den Sozialisten auch ein großer Teil der Radikalen in die offene Opposition begab.

Pichon teilte mit, er habe nach seiner Kammerrede vom 27. Dezember bei den Ententekabinetten durch ein Rundtelegramm eine gemeinsame Kriegszielerklärung als Antwort auf die Trotzkische Einladung nach Brest-Litowsk angeregt. Die diplomatischen Verhandlungen seien aber ergebnislos geblieben.

Die Sozialisten verlangten einige deutliche Aufklärungen über die Gründe, warum alle Alliierten sich auf ein Friedensprogramm nicht einigen konnten. Moutet und Albert Thomas erhoben sich von ihren Plätzen und forderten Pichon auf, der Kammer die Korrespondenz mit London, Washington und Rom vorzulegen. Pichon lehnte ab. Um nichts in der Welt gebe er das diplomatische Geheimnis preis. Man riskiere, daß die Entente in die Brüche gehe. Es bestünden Verträge mit Italien, Serbien, Rumänien und Belgien, die Frankreich halten müsse. Die Sitzung schloß mit der Annahme eines Vertrauensvotums mit 397 gegen 145 Stimmen.

•

Pariser Preßstimmen zu den Kammerverhandlungen.

In der Besprechung der Interpellationsdebatte, insbesondere der Rede Pichons, zeigt sich die französische Presse, wie es nach dem Verlauf der Kammersitzung nicht anders zu erwarten war, in zwei Lager gespalten. Während die reaktionären und rechtsradikalen Blätter Pichon in seinen Ausführungen mit großem Beifall folgen und auf die Sozialisten schelten, die sich anmaßen, eine laute Sprache im Namen des Landes zu führen, ist Humanité entrüstet darüber, daß Pichon immer noch die Diplomatie geheim betreibe. Man könne nach der Weigerung Pichons, den diplomatischen Schriftwechsel über die neue Kollektivnote des Verbandes bekanntzugeben, wirklich nicht mehr von einer Einheitlichkeit der Ziele des Verbandes und von einer Uebereinstimmung mit Wilsons Ideen sprechen.

Eine englische Stimme über Lloyd Georges Rede.

Brailsford sagt in einer Zuschrift an Daily News zu Lloyd Georges Rede:

Wiewohl einige unmögliche Kriegsziele aufgegeben worden sind, enthält sie noch weitgehende Forderungen genug, um den Krieg um viele Jahre zu verlängern.

Während sie jeden Wunsch nach Zerstörung Deutschlands ablehnt, trifft sie doch Vorbereitungen hierzu durch den einfachen Kunstgriff, der deutschen Industrie die Rohmaterialien vorzuenthalten. Deutschland Baumwolle, Wolle, Gummi, Metalle und tropische Oele versagen, bedeutet, ihm den Untergang androhen.

Betreffs Oesterreichs heißt es, daß es nicht aufgeteilt werden soll, es soll nur ein Drittel seines Gebietes opfern.

Ferner wird, wiewohl der Grundsatz der Selbstbestimmung verkündigt wird, keine Volksabstimmung für Länder in Europa erwähnt, wo sie möglich ist, dagegen für Afrika, wo sie unmöglich ist. Der groteske Vorschlag einer Abstimmung der afrikanischen Häuptlinge über die Geschicke der deutschen Kolonien scheitert an der Frage: Werden wir unsere Truppen vor der Abstimmung zurückziehen? Die Demokraten werden Lloyd George für die Parodie ihrer Vorschläge nicht danken.

Schließlich, obgleich das genaue Los einer Hälfte des türkischen Reiches unbestimmt gelassen wird, erfahren wir, daß die Gegenden südlich vom Taurus der türkischen Oberhoheit entzogen werden sollen.

Lloyd George hat aufgeführt, von Knock out blow zu sprechen. Nichtsdestoweniger sind dies Knockout-Bedingungen. Es sind bei wörtlicher Auslegung Bedingungen, die der Feind unmöglich annehmen kann. Sie beanspruchen etwa zehn Prozent des deutschen Heimatgebietes, dreißig Prozent von Oesterreich-Ungarn und die Hälfte der Türkei.

Ein englischer Hilferuf an die Amerikaner.

Der englische Munitionsminister Churchill wandte sich in einer Ansprache, die er gelegentlich eines Frühstücks hielt, mit folgenden Worten an den amerikanischen Botschafter:

Die Militärpartei in Berlin hat noch immer nicht die Hoffnung auf einen entscheidenden militärischen Sieg aufgegeben. Wir haben unsere Kriegsziele klar, nüchtern und furchtlos bekanntgegeben, das nächste ist, sie dem Feind aufzuzwingen. Indem er sich an die Vereinigten Staaten wandte, sagte Churchill: Baut Schiffe, die allein Eure mächtige unbegrenzte Kraft auslösen können, gebt Euren Kredit für ausländisches Kriegsmaterial, ohne das unsere volle Kraft nicht aufrechterhalten werden kann. Laßt jeden verfügbaren Schiffsraum dazu gebrauchen, um fertige oder halbfertige Produkte

bestehenden Grundsätze auf letzterem Gebiete müssen verpflanzt und zur Entwicklung gebracht werden. Zur Erörterung dieser Fragen dürfte es sich empfehlen, eine Spezialkommission einzusetzen, in der auch die Arbeiter vertreten sind. Der Ausbau des internationalen Schiedsgerichtswesens sei durchaus mit Freuden zu begrüßen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) fragt, ob die deutsche Regierung etwa auch für die Rechte eintreten wolle, die den oberschlesischen Grubenbesitzern durch das Generalgouvernement in Warschau in polnischen Gebieten eingeräumt worden sind. Redner geht eingehend auf die von der Regierung gemachten vertraulichen Mitteilungen ein. Bei den Requisitionen habe man sich keineswegs immer streng an den Heeresbedarf gehalten. Redner übt scharf Kritik an den bekannten Vorgängen in Litauen und Polen. Deutschland habe allen Anlaß, wieder zu ersetzen, was an Schaden angerichtet wurde. Auch den Schoden, der entstanden ist durch ungerechtfertigte Verhaftungen. Er empfiehlt bei den Verhandlungen in Brest auch das internationale Eherecht mit in den Kreis der Beratungen zu ziehen.

Geheimrat Simons protestiert gegen die Ausführungen des Vorredners. Von Anfang an bestand die Absicht, die Requisitionen zu bezahlen. Die umfangreichen Requisitionen waren nötig infolge unserer Absperrung vom Weltmarkte. Voll erworbene Rechte von Privaten in den besetzten Gebieten sollen aber auf alle Fälle geachtet werden. Die Arbeiterfragen sind ohne Zweifel sehr wichtig, ob sie aber bei den Friedensverhandlungen erledigt werden können, sei sehr fraglich.

Abg. Ebert hält daran fest, daß diese Fragen behandelt werden müßten. Es handele sich nicht um die innere Organisation in jedem einzelnen Lande, sondern um den Arbeiterschutz. Frankreich hat den dortigen Gewerkschaften bereits zugesagt, daß sie zu den Verhandlungen zugezogen werden sollen.

Wie es in England wirklich aussieht!

Dem Vorwärts wird aus Stockholm berichtet: Das jungsozialistische Blatt Politiken interviewte in Bergen die aus England heimkehrenden Bolschewiki Tschitscherin und Petrow, welche die Lage Englands als kritisch bezeichneten, Ende 1917 erfolgten starke Generalstreikdrohungen, wenn die Regierung nicht auf Friedensunterhandlungen eingehen werde. Die Regierung werde hauptsächlich vom Finanzkapital und den Kriegslieferanten sowie von 150 mit bezahlten Stellungen gekauften Parlamentsmitgliedern gestützt. Die Demokratie ist vollständig aufgehoben. Willkürliche Verhaftungen ohne Anklage sind an der Tagesordnung. Die Volksmassen wollen den Frieden. Tschitscherins Verhaftung rief eine mächtige Protestaktion hervor. Schottland sandte 1000, England 600 Resolutionen innerhalb drei Wochen. An vielen Orten kam es zu Straßendemonstrationen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180114-17/fragment/page=0002

anstatt Rohmaterial, das so viel Raum einnimmt, zu transportieren, bringt uns Geschosse anstatt Stahl, Sprengstoffe anstatt der schweren Stoffe, aus denen sie sich zusammensetzen; lässt Ersparnis an Schiffsraum, und zwar große Ersparnisse eintreten, um die Ankunft der tapferen Mannheit der Vereinigten Staaten auf dem Schlachtfeld zu erleichtern und zu beschleunigen. Wir, in Großbritannien, werden unserseits nicht versagen. Alles soll hingegeben werden, was wir geben können. Die letzten Reserven unseres Besitzes und unseres Menschenmaterials werden, wenn notwendig, zur Verwendung kommen. Unsere Armeen müssen sofort auf volle Stärke gebracht werden. Wir müssen die Rationen beschneiden, müssen Einrichtungen treffen, daß gleichmäßige Verteilung der Rationen sichergestellt wird, jede Tonne Nahrung, die durch Sparsamkeit erübrigt oder im Lande erzeugt wird, ist so viel wie eine Tonne Granaten, die auf den Feind abgefeuert werden. Ich bin sicher, daß wir vollständig gewinnen können (lauter Beifall), wenn wir sämtliche uns zur Verfügung stehenden Hilfsquellen benützen.

Die deutschen Armeen, die durch die Niederlage Rußlands frei werden, sind auf dem Wege nach dem Westen. Sturmwolken, die alles bisherige überbieten, sammeln sich. Wir haben jedoch volles Vertrauen. In der ersten Schlacht von Ypern, im November 1914, als unsere Soldaten in der drei- und vierfachen Minderzahl waren, haben sie jene ungestümen frischen mächtigen Armeen um den Sieg gebracht. Nach all dem Kampf, der stattgehabt hat, war ihre Linie ungebrochen und wir werden jetzt besser vorbereitet sein. Wir haben volles Vertrauen, aber bitten Euch, uns jeden Mann eiligst zur Erhaltung unserer guten Sache zu Hilfe zu schicken, damit die kriegsgeübten unbesiegbaren Veteranen Frankreichs, Englands und Italiens frische, abgehärtete und ständig wachsende Armeen der großen Republik an ihrer Seite finden mögen!

Unruhen in Spanien.

Madrid, 12. Januar. (Reuter.) Gerüchtweise verlautet, daß in Valencia, ohne vorherige Warnung, wegen der Lebensmittelteuerung ein Generalstreik ausgebrochen ist. Aus Barcelona meldet man lärmende Kundgebungen aus demselben Grunde. Theater, Kaffeehäuser und Konzertlokale wurden von der Menge angefallen. Die Menge drang in die Lokale ein und plünderte und zertrümmerte die Einrichtung. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und verwundet. Es verlautet, daß am Montag der Generalstreik erklärt werden wird. Auch aus anderen Städten werden Unruhen wegen der Lebensmittelteuerung gemeldet.

Ein Konflikt Hollands mit Portugal.

Rotterdam, 13. Januar. Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß der holländische Dampfer Kennemerland auf der Reise von Amerika nach Holland mit einer Ladung Mais in den ersten Tagen des November bei San Vicenz bei den Kap Verdischen Inseln von den portugiesischen Behörden angehalten wurde. Die portugiesischen Behörden haben jetzt nach vier Monaten mitgeteilt, daß sie die Maisladung requirieren wollen, weil man in San Vicenz Mangel daran habe. Die niederländische Regierung hat energische Schritte bei der portugiesischen Regierung unternommen, die aber bisher erfolglos blieben.

Italienische Sorgen.

Die italienisch-politischen Kreise scheinen plötzlich von lebhafter Besorgnis erfaßt, daß England und Amerika die Wahrung der italienischen Forderungen außer acht lassen könnten. Die leitenden Blätter schlagen deshalb heute sozusagen Alarm. Der römische Vertreter des Corriere della Sera jetzt in einem langen Artikel auseinander, daß die Programme Lloyd Georges und Wilsons vervollständigt werden müßten. Die römische Regierung müsse unverweilt die Initiative ergreifen, um eine diesbezügliche Gesamterklärung der Entente herbeizuführen. Die diplomatischen Formen dürften nicht im Wege stehen. Rom habe nicht nur gegen die eigene Nation, sondern gegenüber allen anderen kleinen unterdrückten Völkern diese Pflicht zu erfüllen. Hinter Italien ständen die Tschechen, die Jugslawen, die Rumänen und die Polen. Die Regierung in Rom müsse beweisen, daß sie den Erfordernissen des Augenblicks gewachsen sei. Der ganze Artikel ist durchdrungen von ausgesprochenem Mißtrauen gegen Englands Absichten.

Die neue Don-Republik.

Die neue Don Republik

In die Reihe der neuen russischen Republiken wird binnen wenigen Tagen nun auch die Don-Republik offiziell eintreten. Es war zwar bereits seit längerer Zeit die Rede davon, daß die Don-Republik des unteren und mittleren Donlaufes beabsichtige, sich unter der Präsidentschaft Kaledins zu einem selbständigen Staate zusammenzuschließen. Bislang ist die Sachlage aber noch nicht geklärt. Es ist auch zur Zeit unbestimmt, ob die Gouvernements von Kursk und Woroneß, die sich zunächst provisorisch der Ukraine angeschlossen hatten, es nicht vorziehen werden, jetzt zur Don-Republik überzugehen. Die neue Republik, deren Hauptstadt jedenfalls Rostow sein wird, stößt an das Asowsche Meer und wird im Süden von der Kaukasischen Republik begrenzt. Im Westen lagert sich die Ukraine vor, während im Osten das Gouvernement Astrachan und im Norden das Gouvernement Saratow den Abschluß bildet.

Der Kampf für den Frieden in Amerika.

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Der jungsozialistische Politiker veröffentlicht interessante Mitteilungen eines soeben aus Amerika angekommenen sozialistischen Journalisten über die Lage in Amerika. Diese kommt in der

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Januar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Oestlich und nordöstlich von Armentieres sowie in der Gegend von Lens war die englische Artillerietätigkeit tagsüber rege; auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nordöstlich von Avocourt zur Erkundung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Ornes brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Maashöhen und in den mittleren Vogesen zeitweilig erhöhte Feuertätigkeit.

*

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern sechs feindliche Flugzeuge und drei Fesselballons abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

bürgerlichen Presse keineswegs zu einem wahren Ausdruck. Die Zensur tut das übrige. In Wirklichkeit ist der Krieg durchaus nicht populär. Arbeiter, Kleinbürger und Farmer sind seine Gegner. Kriegspatriotisch sind nur die Kapitalisten, die die jetzige Regierung ganz in der Hand haben. Allerdings nicht nur diese, sondern auch einige Gewerkschaftsführer, was indes keine Bedeutung hat. Gompers kann sicher nicht als bestochen angesehen werden; er ist nur ein alter Mann, der sich selbst überlebt hat, aber gern eine politische Rolle spielen möchte. Die Gewerkschaftsmitglieder stehen durchaus nicht auf seinem Standpunkt. Der Sozialismus macht außerordentliche Fortschritte. Bei der Bürgermeisterwahl in Neuyork am 6. November 1917 erhielt Genosse Hillquit 140 000 Stimmen gegen 30000 vor zwei Jahren. Die Machthaber kämpfen gegen die Friedensbewegung der Arbeiterschaft mit rücksichtslosen Unterdrückungsmaßregeln. Versammlungen werden aufgelöst, Redner verhaftet, Zeitungen unterdrückt oder von der Postbeförderung ausgeschlossen. Aber all das macht den Krieg nicht volkstümlicher. Eine große Zahl kultureller Organisationen hat sich zu einem Verband zur Bekämpfung des Krieges zusammengeschlossen. Dienstverweigerungen kommen in Massen vor.

Für die bürgerlichen Parteien ist der Krieg eine kritische Zeit. Die republikanische Partei ist zum Untergang verurteilt, der Kampf der Zukunft wird sich zwischen den Demokraten und den Sozialdemokraten abspielen. Die Demokraten haben, um das Volk zu beruhigen, zu einer Reihe staatssozialistischer Maßregeln gegriffen. So sind die Eisenbahnen schon unter Regierungsaufsicht gestellt und ihre Verstaatlichung ist mit Sicherheit zu erwarten. Dasselbe gilt für Telegraph, Post und Telephon und wohl auch für gewisse verbreitete Industrien. Die Unternehmer widerstreben dem nicht besonders heftig. Die Arbeiter haben ihnen wiederholt Lohnerhöhungen abgerungen und der Staatssozialismus erscheint ihnen als Mittel, auf billige Art davonzukommen. In den Gewerkschaften dagegen nimmt die Einsicht in die Notwendigkeit, die politische Neutralität aufzugeben und zur politischen Aktivität überzugehen, immer mehr zu. Schon beginnt sich ein gutes Zusammenarbeiten zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung zu entwickeln. Der Krieg hat im Proletariat eine vollständige Umwälzung herbeigeführt, er einigt und stärkt es. Wer die amerikanischen Kapitalisten kennt, weiß, daß der kommende Kampf furchtbar sein wird — rücksichtslos und blutig. Wie schnell sich die Dinge zur großen Auseinandersetzung entwickeln, ist schwer vorauszusagen. Man muß aber mit dem amerikanischen Tempo rechnen.

Der Krieg zur See.

Berlin, 13. Januar. (Amtlich.) Bei starker Bewachung und unter stärkster Gegenwirkung, die vielfach durch feindliche Luftstreitkräfte ausgeübt wurde, versenkten unsere Unterseeboote im Aermelkanal und an der englischen Ostküste fünf größere Dampfer. Die Mehrzahl der Schiffe war tief beladen und bewaffnet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 13. Januar. (T. U.) Reuter meldet aus London: Von zwei Dampfschiffen mit einer Besatzung von insgesamt 88 Köpfen, die am Mitte Dezember die Clyde für Waterford verlassen haben, hat man seitdem nichts mehr vernommen. Man nimmt an, daß sie versenkt worden sind.

Amsterdam, 13. Januar. (T. U.) Das niederländische Dampfschiff Caledonia, von Methil nach Rotterdam mit Steinkohlen unterwegs, ist auf eine Mine gelaufen. Das Schiff vermochte aber trotzdem weiterzutreiben und Rotterdam zu erreichen.

Amsterdam, 13. Januar. (T. U.) Aus Las Palmas meldet Reuter: Das spanische Dampfschiff Joa Quin Mumbru, 2703 Bruttoregistertonnen, ist am 31. Dezember 1917, 74 Meilen östlich von Madeira torpediert worden, weil es Kriegskonterbande an Bord hatte. 19 Mann der Besatzung sind gelandet, ein Boot mit 21 Insassen wird noch vermißt.

Die Wahlrechtsdebatte im Ausschuß.

Am Beginn der Sonnabendsitzung des Wahlrechtsausschusses bemängelte ein Nationalliberaler die Berechnung der Staatsregierung über die zukünftige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses, da es nicht klar sei, ob diese auf Grund des ersten Wahlganges oder der Stichwahlen bei den letzten Reichstagswahlen aufgebaut sei. Ein Teil der Nationalliberalen sei für das gleiche Wahlrecht zu haben, wenn die Macht des Herrenhauses gesteigert wird. Da man nicht wisse, wie die Sozialdemokratie sich in Zukunft entwickeln werde, könne man nicht einen Schritt ins Dunkle tun. Man sollte sich mit einem Pluralwahlrecht begnügen. Nach 5 oder 10 Jahren könne man dann auch den letzten Schritt tun.

Das sozialdemokratische Ausschußmitglied erklärt, nicht zu begreifen, wie der Vorredner angesichts des Umstandes, daß wir seit 50 Jahren das Reichstagswahlrecht haben, von einem Sprung ins Dunkle sprechen könne. Wie sich die Sozialdemokratie in Zukunft entwickeln werde, das werde nicht zuletzt von der Haltung der gesetzgebenden Körperschaften abhängen. Die Konservativen sprechen von einer gründlichen Prüfung der Vorlagen, in Wirklichkeit wollen sie diese verschleppen. Wäre es richtig, daß das gleiche Wahlrecht den Untergang des Staates bedeute, so hätte das Deutsche Reich längst untergehen müssen. Nach Ansicht der Konservativen sind die Kriegsteilnehmer gegen eine Beschäftigung mit dem gleichen Wahlrecht. In Wirklichkeit bringen sie der Wahlrechtsfrage das lebhafteste Interesse entgegen. Sie fragen sich: Wie ist es möglich, daß während wir das Vaterland schützen, im Innern große Parteien uns unser Recht vorenthalten wollen? Die Wahlrechtsfrage werde nicht zur Ruhe kommen. Die Spannung im Volke ist so groß, daß es nur eines kleinen Anstoßes zur Entladung bedarf. Die Konservativen rühmen sich ihres Verantwortlichkeitsgefühls. Darum sollten sie das gleiche Wahlrecht nicht zu Falle bringen. —

Vizeministerpräsident Dr. Friedberg wendet sich gegen das Pluralwahlrecht. Wenn im Frieden die großen innerpolitischen Fragen auftauchen, werde sich das Volk mit der Wahlreform noch vielmehr beschäftigen als heute. Eine Enttäuschung nach der dreifachen feierlichen Ankündigung der Wahlreform würde den Siegeswillen der breiten Massen außerordentlich schwächen. Der Mittelstand und die Minderbemittelten, die durch den Krieg am meisten gelitten haben, würden durch Versagung des gleichen Rechtes erbittert werden. —

Minister des Innern Dr. Drews verspricht Ermittlungen über den Erfolg der Wahlpflicht in Braunschweig. —

Ein Nationalliberaler führt aus, daß unter dem gleichen Wahlrecht die bisherige Polenpolitik unmöglich sei. Ein Freikonservativer verwahrt sich gegen den Vorwurf der Verschleppungstaktik. Das Interesse des Volkes am Wahlrecht sei durch andere wichtige Fragen außerordentlich zurückgedrängt, die Regierung hätte die Vorlage gar nicht einzubringen brauchen. Das Schicksal des preußischen Staates dürfe nicht als Schachfigur eingesetzt werden. Die königliche Botschaft sei von politischen Opportunitätsgründen geleitet.

Minister des Innern Dr. Drews: Lassen wir doch jedes gegenseitige Mißtrauen schwinden! Durch die allerhöchste Botschaft sind im Volke große Hoffnungen erweckt worden, deren Enttäuschung von erheblicher Bedeutung für die künftige innerpolitische Gestaltung sein würde. Politik und Opportunität kann man nicht voneinander trennen. Die neue Zeit sollte man nicht dadurch belasten, daß man alle Streitfragen und Gegensätze mit hinübernimmt. In den breiten Massen muß das Vertrauen zum Staate erweckt werden. Die allgemeine Gleichheit des Druckes, der auf unserer Bevölkerung lastet und für die Minderbemittelten besonders empfindlich geworden ist, hat die Forderung nach dem gleichen Rechte gestärkt. Die Regierung läßt sich nur von tiefer Sorge um die Zukunft leiten.

Ein Konservativer meint, das Ansehen der Krone sei auch nicht gesunken, als das von ihr in Aussicht gestellte Arbeitswilligenschutz-Gesetz nicht zustande kam. Durch das gleiche Wahlrecht würde das Volk, der Sozialdemokratie ausgeliefert werden. Der Sozialdemokratie ist das gleiche Recht das Mittel zur Diktatur des Proletariats. Die Konservativen wollen den Kriegsteilnehmern das gleiche Recht nicht vorenthalten.

Vizeministerpräsident Dr. Friedberg: Meine Ausführungen waren so gemeint, daß in gewissen Schichten unserer Bevölkerung eine Enttäuschung herbeigeführt wird, wenn die Vorlage nicht im Sinne der Botschaft verabschiedet wird. Auch Ernährungsund andere Unannehmlichkeiten wirken doch auf die Siegeszuversicht ein.

Ein weiterer Konservativer führt aus: Die Folge des gleichen Wahlrechts ist Parlamentarismus und Demokratie, was auch der Proporz nicht hindern würde. In der Glocke hat Heilmann sich auch gegen den Parlamentarismus erklärt. Die Leute im Felde sind politisch nicht reifer geworden. Die Konservativen erkennen an, daß das Wahlrecht reformbedürftig ist, und halten aus diesem Grunde eine eingehende Aussprache für erforderlich.

Ein Volksparteiler führt aus, daß der Verlauf der Debatte die Ueberflüssigkeit einer allgemeinen Besprechung dargetan habe. Er dankt der Krone dafür, daß sie die Forderungen der Zeit erkannt und die Führung übernommen hat. Von den Konservativen hängt es ab, ob die Sozialdemokratie in das radikale Fahrwasser gerät. Eine Ersteberatung der Herrenhausvorlage wäre eine Hintenansetzung des Landes, worauf der Gegenschlag nicht ausbleiben könne. Ueberdies könne das Herrenhaus so reaktionär gestaltet werden, daß das ganze Werk für die Wahlrechtsfreunde unannehmbar würde. In der Polenpolitik gälte es umzulernen. Vom gleichen Wahlrecht ist keine Klassenherrschaft zu befürchten, sie bestand unter dem bisherigen Reich und führender Bundesstaat müssen auf gleicher Grundlage beruhen.

Ein polnischer Abgeordneter wendet sich gegen die preußische Polenpolitik, die dem polnischen Volke widerwärtigste Herrschaft auferlegt habe. (Der Vorsitzende mahnt zur Mäßigung). Die Völker werden zur Vernunft kommen, der Krieg wird ein Massengrab für den nationalen Chauvinismus sein.

Vizeministerpräsident Dr. Friedberg: Diese schweren Beleidigungen hindern nur die Verständigung und bedeuten eine maßlose Undankbarkeit in dem Augenblick, wo der König den alten polnischen Staat wieder herstellt.

Ein konservativer Antrag verlangt die Vereinigung der drei Vorlagen durch ein Mantelgesetz.

Nach seiner Begründung wird die weitere Beratung auf Montag vertagt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Um die Hochburg Bautzen.

Nach einer Privatmeldung der Leipziger Neuesten Nachrichten wurden bei der Ersatzwahl in Bautzen-Kamenz nach dem endgültigen Ergebnis gezählt für Dr. Herrmann 8853, für Uhlig 8732 und für Pudor 4920 Stimmen. Nach dieser Korrektur kann man die Wahlbeteiligung als ziemlich stark bezeichnen. Die sozialdemokratischen Stimmen stehen dicht hinter den konservativen — Uhlig hat nur 120 Stimmen weniger wie Herrmann erhalten. Wenn die fortschrittlichen Wähler alle als Gegner der alldeutschen Politik angesprochen werden könnten, fänden 13652 Stimmen für einen Verständigungsfrieden ganze 8853 Stimmen entgegen, die für einen Eroberungsfrieden eingetreten wären. Da aber in den fortschrittlichen Stimmen auch viele nationalliberale stecken — ein Teil von den Nationalliberalen wird wohl gleich für den Konservativen eingetreten sein — so wird erst die Stichwahl volle Klarheit schaffen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Fortschrittler ihre Wähler auffordern werden, in der Stichwahl für Uhlig einzutreten. Wenn nicht die Fortschrittler in größerer Zahl zu den Konservativen überlaufen sollten, dann brauchte nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von fortschrittlichen Wählern der fortschrittlichen Parole zu folgen, um den sozialdemokratischen Sieg zu sichern. Jedenfalls ist an dem sozialdemokratischen Siege kaum zu zweifeln. Zu wünschen wäre nur, daß der Zusammenbruch der konservativen Hochburg Bautzen und die Niederlage der Eroberungspolitiker gründlich werden möchten.

*

Gegen den Schleichhandel der Industriewerke.

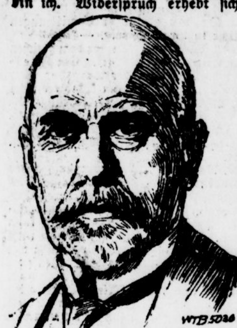
Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts v. Waldow fand am Sonnabend eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Zivil- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke statt. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis eines großen Teiles der Betriebe zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsse. Eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Behörden und der Industrie, soll die Grundsätze aufstellen, nach denen an Stelle der Sonderversorgung aus dem Schleichhandel eine Belieferung der industriellen Arbeiterschaft auf legalem Wege zu treten hat, damit deren Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig war man sich darin einig, daß die Bereitstellung der zur legalen Belieferung notwendigen Lebensmittel bis sofortige Unterdrückung des Schleichhandels zur Voraussetzung hat.

Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die gleiche Angelegenheit wird in der laufenden Woche im Kriegsernährungsamt stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180114-17/fragment/page=0003

Jordan von Kröcher tot.

Der alte Kröcher, der nun auch dahingegangen ist, war ein ganz einzigartiger Präsident, wie ihn gewiß kein deutsches Parlament jemals wieder haben wird. Er war nicht etwa gerecht, er bemühte sich wahrscheinlich gar nicht darum; er war vielmehr Diktator und bestimmte ganz aus eigner Machtvollkommenheit, was im Abgeordnetenhaus geschah und unterblieb. Seine Wahl nahm er nur als Formsache; er behielt selbst den Vorsitz bei und erklärte: „Vorgeschlagen bin ich. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich bin gewählt und nehme die Wahl natürlich mit Dank an.“ Dann berief er selbst die Vizepräsidenten und Schriftführer, erklärte alsbald für diese, daß sie auch annähmen, dankte in ihrem Namen, alles ohne sie zu fragen, für das gewährte Vertrauen und setzte die Tagesordnung für die nächste Sitzung fest. Widerspruch kannte er nicht, Geschäftsordnungsdebatten betrachtete er als eine persönliche Ungehörigkeit gegen den Präsidenten. Dabei war es ihm ganz gleich, ob ein Parteifreund oder Parteigegner sich gegen ihn aufzulehnen wagte — dem Dr. Diederich Hahn sagte er einmal, er solle aufhören zu krähen, wenn er — Kröcher — klingle. So patriarchalisch regierte er sein Dreiklassenhaus; aber als die ersten Sozialdemokraten ins Preußische Abgeordnetenhaus kamen und die Ruhe störten, so daß Kröcher nicht mehr während der Verhandlungen behaglich mit dem Opernglas die Tribüne nach schönen Frauenköpfen absuchen konnte, machte ihm die ganze Geschichte keinen Spaß mehr, und er überließ es dem Freiherrn v. Erffa, gegen Julian Borchardt und Adolf Hoffmann die Polizei ins Parlament zu rufen.



Jordan von Kröcher †

Politisch wird Kröcher noch unendlich oft zitiert werden. Von ihm stammen die berühmten Worte, daß die Sozialdemokratie nur Objekt der Gesetzgebung sein dürfe und daß wir einen starken Mann brauchten, der dumm sein könnte, aber feste Nerven haben solle. Solche Gehässigkeiten gegen die Arbeiterbewegung hat er viele gesagt. Aber alles mit einer Art lächelnder Selbstverständlichkeit, mit jenem Bewußtsein absolut gefestigter Junkermacht, an der niemand und nichts rütteln könne. Und Kröcher war ein mächtiger Mann. Wenn er nach Berlin fahren wollte, hielt in seinem Vinzelburg der schnellste Zug Berlin—Hannover an, um ihn aufzunehmen.

Der letzte eines versunkenen Geschlechts stirbt in Kröcher — die ungebundene Naturkraft und ungestörte Selbstsicherheit des Machtbesitzes haben die jetzigen konservativen Führer nicht mehr.

Aus der Partei.

Die dreifache Moral der Leipziger Volkszeitung.

Die Kennzeichnung, die der Stuttgarter Sozialdemokrat dem Dr. Breitscheid aus Anlaß seiner geplanten Kandidatur in Niederbarnim und den Unabhängigen gewidmet hat, ist natürlich der Leipziger Volkszeitung arg auf die Nerven gefallen. Sie spricht von einer „häßlichen Verdächtigung“ des Stuttgarter Organs ihrer Partei, und erhebt entschiedenen Einspruch gegen die Art, wie das Stuttgarter Organ über Breitscheid herfällt. Es werde dem Blatte kaum möglich sein, irgend eine Tatsache für die häßlichen Verdächtigungen anzugeben. Breitscheid habe keinen Anlaß gegeben, ihn solcher Motive für seinen Uebertritt zu bizichtigen, wie dies der Sozialdemokrat tue.

Und wenn ihn das Blatt schließlich beschuldigt, daß er heute nur deshalb nicht bei den Scheidemännern sei, weil er sie vom Standpunkt der bürgerlichen Pazifisten aus bekäpfe, so kennt es die Arbeit nicht, die Genosse Breitscheid in der Kriegszeit geleistet hat, die ihm allerdings seit zwei Jahren unterbunden ist, da er als Armierungssoldat ins Feld geschickt wurde. Schon die Tatsache, daß am Kopfe der von ihm — jetzt von der Genossin Breitscheid — herausgegebenen Korrespondenz Sozialistische Auslandspolitik als ständige Mitarbeiter die Genossen Bernstein, Block, Haase, Kautsky, Ströbel genannt sind, sollte den Genossen Breitscheid gegen solche leichtfertige Beschuldigungen schützen. Oder will der Sozialdemokrat etwa sagen, daß diese Genossen auch keine Sozialdemokraten, sondern bürgerliche Pazifisten sind, oder daß sie gemütsruhig dabei mitwirken, daß ein bürgerlicher Pazifist unter falscher Flagge seine Ware in die Parteipresse einschmuggeln könne? Der Stuttgarter Angriff ist wahrhaftig von einer Art, daß wir den schärfsten Protest gegen ihn erheben müssen.

Es ist ohne weiteres zuzugestehen, daß dieser Herr Breitscheid nicht minder „radikal“ gegen die Mehrheitspolitik des Reichstags und besonders die sozialdemokratische Partei geschrieben hat, wie die Bernstein, Block, Haase, Kautky, Ströbel, diese parteipolitische Wunderknaben-Gesellschaft. Aber trotz allem Radikalismus verzapft die Breitscheidsche Korrespondenz ebensowenig wie die Leipziger Volkszeitung sozialistisch-grundsätzliche Politik, sondern nur ödes, widerspruchsvolles Räsonieren um jeden Preis. Das hat ja erst vor einigen Tagen Franz Mehring der Leipziger Volkszeitung bescheinigt, wegen ihrer Beurteilung der Bolschewiki. Was aber die Kandidatur Dr. Breitscheids anlangt — auf die man wohl gekommen ist, um ihn auf diese Weise, da es anders nicht gelingen will, von dem unangenehmen Militärdienst zu befreien —, so meinen wir, daß jeder Parteigenosse, ob alt oder jung, ob er längere oder kürzere Zeit in der Partei ist oder nicht, das gleiche Recht hat, daß also auch vom allgemeinen sozialdemokratischen Standpunkt kein Grund vorliegt, ihm das Recht zu einer Kandidatur abzusprechen. Indes gerade die Leipziger Volkszeitung hat immer aufbegehrt, wenn einem Genossen eine Kandidatur übertragen wurde, der vielleicht erst kürzere Zeit in der Partei war, wir erinnern nur an den Feldzug, den die Leipziger Volkszeitung seinerzeit gegen Genossen Göhre deshalb geführt hat, und nicht zuletzt unter der Mitwirkung von Franz Mehring. Kürzlich hat sich an andrer Stelle auch Franz Mehring gegen die Kandidatur Breitscheids ausgesprochen. Und auch hinter dem Stuttgarter Unabhängigen Organe vermutet man als Verfasser der „häßlichen Verdächtigungen“ Franz Mehring. Wenn Mehring sich jetzt gegen Breitscheid wendet, so ist das von seinem Standpunkte aus ganz logisch, obwohl gerade er als Person zum Sittenrichter in der Partei am allerwenigsten qualifiziert ist. Das Schönste ist aber, daß Franz Mehring, der im Stuttgarter Sozialdemokrat die Unabhängigen so unangenehm gekennzeichnet hat, neben Breitscheid in der Leipziger Volkszeitung eine Autorität ist für die einzig richtige Auslegung in Anwendung sozialistischer Grundsätze. Das ist der Humor bei dieser unabhängigen Frage Breitscheid.

Kleines Feuilleton.

Die Kosakenheere des russischen Reichs

Eine Geschichte der Kosaken zu schreiben würde eine im höchsten Grade fesselnde Aufgabe sein, freilich auch eine überaus schwierige, da die Quellen nicht leicht erreichbar und zeitlich wie räumlich weit verstreut sind. Nach der letzten russischen Volkszählung wurden im ganzen 11 Kosakenheere mit insgesamt fast 3 Millionen Köpfen unterschieden. Ihre Wohnsitze sind durchaus nicht auf das europäische Rußland beschränkt, obwohl mehr als die Hälfte diesseits des Uralgebirges haust. Das Heer der Donkosaken, das mit den benachbarten Kubankosaken fast ⅔ der Gesamtheit ausmacht, haben immer die wichtigste Rolle von allen Heeren gespielt, da sie es waren, die vor fast genau 300 Jahren die Romanows auf den Thron setzten. Zum Dank dafür wurden sie von Peter dem Großen unterjocht und später zur Polizeitruppe erniedrigt, haben aber ihren engen Zusammenhang mit dem Zarentum bis auf die neuste Zeit nicht verleugnet. Außer den beiden genannten Heeren wohnen auf europäischem Boden noch die Terekkosaken, die Astrachankosaken und zum Teil auch die Uralkosaken, denen sich die Orenburgkosaken anschließen. Unter den Heeren im asiatischen Rußland nehmen die sibirischen Kosaken im Quellgebiet des Tobol und Irtysch den weitesten Raum ein. Südlich von ihnen am Balkaschsee ist der Sitz der Semirjetjekosaken, noch weiter ostwärts, südlich des Baikalsees, der Raum der Trans-Baikalkosaken. Die Amurkosaken sind längs des Tales dieses großen Stromes verteilt und das östliche Glied der Kosakenheere bilden endlich die Ussurikosaken am gleichnamigen Fluß nördlich von Wladiwostok. Auch an Landbesitz sind die Donkosaken weitaus am reichsten, denn sie haben davon fast ebenso viel wie die übrigen Heere zusammengenommen. Daher stammt auch, wie Altdorfer im Neuen Orient hervorhebt, ein guter Teil des Wiederstandes dieser Kosaken gegen die russische Staatsumwälzung, da sie alle Ursache haben, die Aufteilung ihrer weit über den Bedarf hinausgehenden Ländereien zu fürchten. An der Spitze ihres Heeres steht ein Hetman oder Ataman, der die Stellung eines Militärgouverneurs einnimmt. Im übrigen genießen die Heere eine Selbstverwaltung von großer Unabhängigkeit. Die Heere des europäischen Rußlands sind von durchaus großrussischer Zusammensetzung, da die Bestandteile anderer Völkerschaften fast ganz im großrussischen Element aufgegangen sind. Bunter ist schon das Orenburger Heer, aber durch den stetigen Einfluß der russischen Regierung fast ganz zu einem einheitlichen Körper verschmolzen. Unter den sibirischen Kosaken überwiegen die Mohamedaner und die Entwicklung dieses Heeres zu einer völkischen Einheit hat sich in einen wachsenden Gegensatz zu dem Russentum gestellt. Außer den Donkosaken stehen die Kubankosaken in engem Zusammenhang zu den ukrainischen Bestrebungen, denen sie sich gleich nach der diesjährigen Revolution anschlossen. Schon Ende Juni wurde das erste ukrainische Kosakenregiment gebildet. Auch die Heere des fernen Ostens blicken zum Teil schon auf eine lange Geschichte zurück. So sind die Anfänge des Transbaikalheeres gleichfalls schon 300 Jahre zurückzuverlegen, obgleich sein eigentlicher Zusammenschluß erst vor etwa 60 Jahren erfolgte. Wichtig ist der Hinweis, daß mit diesem Heer die Japaner Fühlung zu nehmen versucht haben. Im Gegensatz zu dem Völkergemisch der anderen asiatischen Heere tragen die am Amur und Ussuri wieder einen fast rein russischen Charakter. Sie sind erst vor 50 Jahren begründet worden, um die russische Herrschaft im äußersten Osten zu sichern. Im ganzen erscheinen die Kosakenheere als zersplitterte Volkskörper und nur die Donkosaken mit ihren Nachbarheeren können als ein festerer Block betrachtet werden.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 15. Januar 1918.

Keine Gesundheitspflege. Am Mittwoch wird Frl. Gertrude **Noack** aus Gera über das Thema: **Warum gibt es so viele unglückliche Frauen und Mädchen?** sprechen (s. Inserat).

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Grieß. Von Dienstag ab auf Marke 125 des Warenbezugsscheines 12 für jede Person ¼ Pfd., das Pfund zum Preise von 32 Pf.

Zwieback. Auf Abschnitt E der besonderen grünen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren jede Person ein Paket zum Preise von 15 Pf., Dienstag, vormittags von 8½ bis 12 Uhr auf Nr. 14001—21000, nachmittags 2—6 Uhr Nr. 21001—28000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule.

Speisemöhren. An die Kleinhändler werden während der nächsten Tage auf dem städtischen Großmarkt Alter Cauenaer Weg ausgegeben: Dienstag Nr. 1—125, Mittwoch Nr. 126 bis 250, Donnerstag Nr. 251—400, jeden Vormittag 8½ Uhr.

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Montag, den 14., Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. Januar 1918**, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Kunsthonig** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufes erfolgt später.

Halle, den 12. Januar 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter **den Pferden** der Firma G. Vester, G. m. b. H., **Freiimfelder Straße** 87, ist die Räude ausgebrochen.

Halle, den 10. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der beiden städtischen Körperschaften **vom 13. Februar** und **19. März** 1917 ist mit Zustimmung **der Polizeiverwaltung** auf Antrag der beteiligten Grundstückseigentümerin, die offenen Handelsgesellschaft A. Huth & Co., die Baufluchtlinie der Grundstücke Große Steinstraße Nr. 85 und Markt Nr. 20 unter Aufhebung der Eckverbrechungen neu festgesetzt worden.

Gemäß § 7 des Baufluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 bringen wir dies zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß Einwendungen gegen den Plan, der im städtischen Büro I, Zimmer 23, zur Einsicht ausliegt, innerhalb einer mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beginnenden Ausschlußfrist von 4 Wochen bei uns anzubringen sind.

Halle, am 9. Januar 1918.

Ib 598/17 **Der Magistrat.**

Preiswerte
Damen-Kleidung
Kostüme □ Blusen □ Röcke □ Mäntel
Kleider
finden Sie in schöner großer Auswahl in allen
473] Preislagen in unserem Kaufhaus
Damenhüte, garniert und ungarniert, in kleidsamen Formen.
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Die Kerle von Flandern.

Ein geschichtlicher Roman von **Hendrik Conscience.**

Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die furchtbarsten Kämpfe im Kriege der Gegenwart sieht. Es scheint das Schicksal dieses Bodens, wieder und wieder mit Menschenblut getränkt zu werden. Zahlreiche heftige Fehden, die vor allem um die Freiheit der Vlamen gingen, sind hier ausgetragen worden, und von einem dieser Kämpfe, die das trotzige Geschlecht der „Kerle“ gegen seine Bedrücker führte, handelt der Roman. Unter der Hand des Verfassers wird die Vergangenheit lebendig; in spannenden, glühenden Bildern, in tragischen persönlichen Schicksalen offenbart sich uns das Schicksal des Landes und, in der Schilderung einer ungewöhnlichen Liebe, auch das weibliche Element, der freiheitsstolzen „Kerlinnen“, die lieber sterben als sich dem Gegner verkaufen. Er erscheint in der reichillustrierten Wochenschrift der Arbeiter:

„In Freien Stunden“.

Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 63., Lindenstr. 3.

Außer diesem Hauptroman gelangt zum Abdruck eine von Marie Franzos übersetzte Erzählung von Selma Lagerlöf

„Das Mädchen vom Moorhof“.

Es ist die Geschichte eines armen, verachteten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes vor einem Meineid rettet und auch in der Folge Beweise seltener Seelengröße gibt. — Weitere Erzählungen schließen sich an.

Jedes Heft enthält ferner Aufsätze mit Abbildungen aus den verschiedensten Gebieten der Unterhaltung und des Wissens, Gedichte, Anekdoten, Rätsel, Scherze, Ratschläge für Haus u. Küche usw.

„In Freien Stunden“ erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt die Zeitungsträgerin, die Buchhandlung der Volksstimme oder der Verlag Buchhandlung Vorwärts entgegen.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 „In Freien Stunden“ (Heft 1 uff.)
Genaue Adresse: ______
Ausgefüllt dem Zeitungsboten oder der Parteibuchhandlung zu übergeben!

Stadt-Theater

Dienstag, den 15. Januar
Anfang 7,30 Uhr. Ende 10 Uhr.
Die Geschwister
Schauspiel von Goethe.
Hierauf:
Susannens Geheimnis,
heitere Oper v. Wolf-Ferrari
Zum Schluß: **Tanzbilder.**
Mittwoch nachmittag:
Aschenbrödel.
Abends: **Doktor u. Apotheker.**
Donnerstag: **Othello.**
Freitag: **Ein Volksfeind.**
Sonnabend nachm.: **Aschenbrödel,** abends:
Sinfonie-Konzert.

Gute Schlafstellen

für **Fabrikarbeiterinnen** sind zu melden an die **Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg, Poststr. 16, Zimmer Nr. 14.** Vermittlung kostenlos.

Alte Promenade 11a — Fernruf 5738. **U.T** **Leipzigerstraße 88** — Fernruf 1224.

Gottes Mühlen mahlen langsam.
Tragödie in 3 Akten.
Der lachende Gewinner.
Lustspiel in 2 Akten mit Knoppchen.
[482

Das trennende Band.
Drama in 3 Akten
mit **Lilli Jacobsson,** der Darstellerin „**Die Lieblingsfrau des Maharadscha.**“
Verhinderte Eheirrungen.
Lustspiel in 2 Akten.

Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

Arbeiter, abonniert die Volksstimme!

Verein Gesundheitspflege

(E. V.)
Mittwoch, 16. Hartung, Januar, abends 8 Uhr,
in **St. Nikolaus,** Nikolaistraße:
Frauen-Vortrag
von Frl. Gertrude **Noack** aus Gera (Reuß) über:
Warum gibt es so viele unglückliche Frauen und Mädchen?
Eintritt frei. [267

3 Könige

Varietee / Kl. Klaußstr. 7
Das neue glänzende Programm: Jede Nummer ein Schlager.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180114-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11. Halle, Montag den 14. Januar 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 14. Januar 1918.

Finanzielles vom Stadttheater.

(Fortsetzung aus voriger Nummer.)

II. Die Erhöhung der Eintrittspreise.

Die Kosten, die sich aus den Teuerungszulagen ergeben, betragen monatlich 3675 M., also für die ganze Spielzeit rund 30 000 M. Wie sie beschafft werden sollen, begründete der Magistrat folgendermaßen:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Aufwendung so großer Beträge dem Theaterdirektor nicht zugemutet werden kann, abgesehen davon, daß ihn die Stadt nach dem Vertrage vom 1. Juli 1914 nicht zwingen kann, und daß die Stadt nach § 4 desselben Vertrages an ihnen in gleichem Maße beteiligt wäre. Die Zahlung aus besonderen Mitteln der Stadt muß anderseits grundsätzlich abgelehnt werden, da die Theatermitglieder ausschließlich Angestellte des Direktors sind. Für die Lösung der Geldfrage kann hier nur derselbe Gesichtspunkt gelten, der im allgemeinen Wirtschaftsleben die durch den Krieg hervorgerufenen Teuerungsverhältnisse regelt, d. h. soweit die Leistung infolge des Krieges teurer geworden ist, muß derjenige die Mehrkosten tragen, dem die Leistung zugute kommt, d. i. das Publikum. Wie bei den Betriebswerken die Preissteigerung von Material und Löhnen zu einer Tariferhöhung der Erzeugnisse nötigte, so muß hier die durch den Krieg verursachte Zulage zu den Gehältern der Theaterangestellten zu einer Erhöhung der Eintrittspreise des Theaters führen.

Wenngleich wir bisher stolz darauf sein konnten, daß die hochstehenden Kunstleistungen unseres Stadttheaters zu auffällig bescheidenen, seit langen Zeiten unverändert gebliebenen Preisen geboten wurden, so sind wir doch von der Notwendigkeit einer mäßigen Steigerung ebenso wie davon überzeugt, daß das Theaterpublikum sie nicht als unbillig und nur als zeitgemäß empfinden wird. Besonders dürfte hierbei auch die Tatsache ins Gewicht fallen, daß die Preise unseres Theaters erheblich hinter denjenigen anderer, hier vergleichbarer Theater zurückstehen. Hierzu kommt, daß die meisten Theater während des Krieges eine Erhöhung vorgenommen haben.

In Würdigung dieser Tatsachen und Gründe haben wir daher mit der Theaterdeputation beschlossen, die Erhöhung der Eintrittspreise alsbald in Kraft treten zu lassen und den § 22 des Vertrages vom 1. Juli 1914 entsprechend zu ändern. Die Steigerung ist mäßig, so daß auch nach ihr die hiesigen Eintrittspreise noch immer niedriger als anderwärts bleiben, und sie ist nicht über die Grenze hinaus erstreckt worden, welche die Aufbringung der für die Teuerungszulagen erforderlichen Mittel vorschreibt. Die hieraus fließenden Mehreinnahmen werden nach Maßgabe der angegebenen Grundsätze zwecks Zahlung der Teuerungszulagen zur Verfügung gestellt. Sie kommen danach weder dem Theaterdirektor noch der Stadt, sondern allein dem Personal zugute.

Die Preiserhöhungen betragen bei den teuersten Plätzen 90 Pf., und bei den billigsten 5 Pf. Das ist ein Aufschlag, der an sich nicht hoch ist und der auch im richtigen Verhältnis zu den Grundpreisen steht. Da zudem auch schwerlich etwas dagegen eingewendet werden kann, daß solche Unternehmungen denselben Weg in bezug auf die Preisgebarung, den alle sonstigen Unternehmungen längst gegangen sind, so wird sich die Oeffentlichkeit mit dieser Erhöhung an sich sehr schnell abfinden. Etwas anderes ist es, ob sie das auch in bezug auf die Umstände tun kann, unter denen diese Preiserhöhung vor sich geht.

Die sich hierdurch ergebenden Mehreinnahmen sollen zur Begleichung der Kosten für die Teuerungszulagen verwendet werden. Da erhebt sich sofort die Frage, warum solche Ausgaben nicht durch die gewöhnlichen Einnahmen des Theaters gedeckt werden können. Der Magistrat macht geltend, daß die Bühnenangehörigen lediglich Angestellte des Theaters wären, nicht solche des Magistrats, daß er infolgedessen auch auf deren Anstellungsverhältnisse keinen Einfluß habe und somit eine Gehaltsverbesserung nur auf dem Umweg über eine Erhöhung der Eintrittspreise erreichen könne. Das scheint uns aber nicht ganz stichhaltig zu sein, denn zu gleicher Zeit sagt er auch (siehe den Anfang seiner Denkschrift): „Gleichwohl hat die Stadtverwaltung von jeher auf die Bedingungen dieses Anstellungsverhältnisses dahin eingewirkt, daß die Gegenleistungen des Theaterdirektors an das Theaterpersonal nach Art und Umfang ebenso die künstlerische Höhe des Theaters wie das wirtschaftliche Auskommen seiner Mitglieder sicherstellten. Vornehmlich der mit dem Theaterdirektor Herrn Sachse am 1. Juli 1914 geschlossene Vertrag hat dieses Bestreben in den §§ 15—18 zum Ausdruck gebracht und gerade durch diese Fürsorge den städtischen Zuschuß zu den Betriebskosten des Stadttheaters auf annähernd 200 000 M. jährlich, d. h. im Vergleich zu der Zeit bis 1914 fast um das Doppelte erhöht.“ Danach geht es also doch, — wenn man nur will. Dieses Wollen aber scheint uns zu fehlen!

Wir sagen alles das nicht, um an den finanziellen Erträgnissen des Theaters, deren Verteilung usw. herumzumäkeln, so nahe es auch liegt, der Stadtverwaltung zu sagen, sie solle für die Teuerungszulagen dieselben 40 000 M. aufwenden, die vom letzten Jahre her als ihr Anteil aus dem Ueberschuß auf sie entfallen sind. Vielmehr liegt uns nur daran, auf die Konsequenzen der jetzigen Beschlüsse hinzuweisen. Es wäre nämlich sehr leicht möglich, daß zur Deckung auch aller weiteren Ansprüche der Bühnenangestellten, die doch unweigerlich kommen werden, jedesmal eine Erhöhung der Eintrittspreise vorgenommen würde. Und das ginge am Ende denn doch zu weit, das würde den Theaterbesuch in einer Weise verteuern, daß es schließlich den ärmeren Schichten überhaupt unmöglich wäre, zumal man doch bedenken muß, daß die jetzigen höheren Löhne nach dem Friedensschluß rasch sinken werden, ohne daß eine entsprechend schnelle Senkung der Kosten auch für alle anderen Lebensverhältnisse erfolgt. Weiterhin muß aber darauf hingewiesen werden, daß durch diesen Schachzug des Magistrates wohl eine dauernde Erhöhung aller Eintrittspreise erreicht worden ist, daß sich aber keine Bestimmung darüber vorfindet, wie lange die Teuerungszulagen gezahlt werden, ob diese eventuell wieder ganz verschwinden und in welcher Weise dann die überschießenden Summen verwendet werden sollen. Natürlich wird die Stadtverwaltung diese Gelder dann schon verwenden können, darum ist uns nicht bange. Wir meinen aber, eben um der Konsequenzen willen, daß man auf eine solche verblümte Art keine neuen Einkommenquellen erschließen, daß man vielmehr auch hierbei mit offenen Karten spielen soll. Braucht die Stadt Geld, so muß es beschafft werden, gleichviel wie. Liegt die Sache aber so, dann gewinnt auch die Frage, wie etwaige Teuerungszulagen an die hiesigen Bühnenangehörigen gedeckt werden sollen, ein ganz anderes Gesicht.

Nach alledem müssen wir hiergegen schon Bedenken erheben, und wir hoffen, daß sich dem auch nicht der Magistrat verschließt.

---

* **Städtische Holzlieferung.** Bekanntlich können Haushalte, die bis jetzt zuviel Kohlen verbraucht haben, auf eine weitere Belieferung nicht mehr rechnen. Die Stadtgemeinde hat aus diesem Grunde für Zufuhr größerer Mengen von Brennholz gesorgt. Die Ortskohlenstelle empfiehlt nun dringend, um weitere Kohlenmengen zu sparen, ausgiebig mit diesem Holz zu heizen. Es kann von den Firmen Sachse und Müller, Proepper und Co., Fr. Jesau und G. Pautz bezogen werden.

* **Die Kartoffeln nachsehen!** Weithin im Reiche besteht Kartoffelnot trotz der ausgezeichneten Ernte des verflossenen Jahres. Es ist sicher, daß große Mengen Kartoffeln verfüttert werden. Wie stark der Mangel teilweise ist, lassen die Vorschriften einer Anzahl Stadtverwaltungen erkennen, die streng darüber wachen, daß kein Verbraucher mehr Kartoffeln ist als ihm zugebilligt sind. Dieser Verbrauch wird streng kontrolliert. Wenn mit derselben Strenge danach gesehen würde, wo die Kartoffeln bleiben, wäre wahrscheinlich eine solche Kontrolle überflüssig, durch die unsere ganze Ernährungsorganisation bloßgestellt wird. Der Bevölkerung empfehlen wir sehr, auf ihre Kartoffelvorräte ein wachsames Auge zu haben, damit nichts verdirbt. Beschädigte und angefaulte Knollen sind auszulesen, sie stecken sonst die gesunden an. Die Kälte macht es weiter notwendig, daß die Kartoffeln gegen sie geschützt werden. Soweit der Aufbewahrungsraum im Keller sich befindet, wird ein Erfrieren in den wenigstens Fällen zu befürchten sein. In zahlreichen Kellern ist die Gefahr eine andere. Sie sind vielfach zu warm und werden nicht ausreichend gelüftet. Infolgedessen wachsen die Kartoffeln viel zu früh aus und verlieren bedeutend an Wert. Die Sorge für eine ausreichende Lüftung tut deshalb mindestens ebenso not wie der Schutz gegen das Erfrieren.

* **Petroleumsparlampen,** deren Anwendung bei dem gegenwärtigen Mangel an Oel sehr zu empfehlen ist, können vom Hallschen Hausfrauenbund, Rathausstraße 17, 1. Etage, geöffnet täglich von 10 bis 12 Uhr, zum Preise von 15 Pf. das Stück bezogen werden. Dort findet außerdem der Verkauf (das Stück von 6.50 M. an) und die Beratung von Kochkisten, sowie eine Anleitung zur Herstellung von Hausschuhen (Unterrichtsgeld 1 M., für Mitglieder 30 Pf.) statt.

* **Zur Beschlagnahme von gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücken** teilt der Berliner Verband der Pfandleiher mit, daß durch Verordnung der Reichsbekleidungsstelle, wonach die bei Althändlern, Trödlern, Monatsgarderobenhändlern und Pfandleihern befindlichen gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücke beschlagnahmt werden, vielfach der irrtümliche Glaube entstanden ist, daß den Eigentümern verpfändeter Sachen diese infolge der Beschlagnahme verloren sind. Solche Besorgnisse sind jedoch nicht gerechtfertigt; denn von der Beschlagnahme werden nur solche Sachen ergriffen, welche bei den bezeichneten Personen zum Verkauf stehen. Alle übrigen im Gewahrsam derselben stehenden Sachen unterliegen der Beschlagnahme nicht. Frei sind insbesondere die bei den Pfandleihern verpfändeten (versetzten) gebrauchten Kleidungs- und Wäschestücke. Nur bei der Verwertung verfallener Pfänder tritt insofern eine Neuerung ein, als die Pfänder nicht wie bisher öffentlich versteigert werden, sondern anstatt dessen an die kommunalen Altkleiderannahmestellen abgeliefert werden müssen. Wer also Sachen verpfändet hat, muß lediglich darauf achten, daß er die am Verpfändungstage beginnende Frist von sieben Monaten zur Einlösung der Pfänder oder Erneuerung der Pfandscheine nicht versäumt.

* **Beschränkte Feldpostsendungen nach den baltischen Inseln.** Wegen der demnächst zu erwartenden Einstellung der Schiffahrt nach den baltischen Inseln können, wie amtlich mitgeteilt wird, nichtamtliche Feldpostbriefe im Gewichte von mehr als 50 Gramm (Päckchen) an die Angehörigen der Besatzungen der Inseln Oesel, Moon und Dagö, insbesondere solche mit der Bezeichnung Deutsche Feldpost 298, 335, 336 und 686 in der Aufschrift, bis auf weiteres nicht mehr befördert werden. Etwaige trotzdem noch aufgelieferte derartige Sendungen werden den Absendern zurückgegeben werden.

* **Fahrplanänderung.** Seit Sonntag, 13. Januar, fallen weiterhin die Personenzüge:

7 Halle (ab 9.05) — Bitterfeld (an 9.33),
10 Bitterfeld (ab 3.49) — Halle (an 4.11),
572 Halle (ab 4.45) — Sangerhausen (an 6.46) — Nordhausen und
573 Nordhausen — Sangerhausen (ab 11.50) — Halle (an 1.30) Sonn- und Festtags aus.

* **Weitere Einschränkung des Personenverkehrs** sind Montag, den 13. Januar, eingetreten, worauf wir schon vor einigen Tagen unter Nennung der betreffenden Züge für Halle hingewiesen haben. Diese Gelegenheit benutzen nun wieder verschiedene Eisenbahnverwaltungen, um das Publikum auf die Verderblichkeit des Reisens aufmerksam zu machen. „Wer unnötig reist, schädigt die Kriegsführung“ — „Wer reisen will, frage sich vorher: Ist deine Reise wichtiger als die Abfuhr von Kohle oder als die Herstellung von Munition oder als die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln?“ — „Niemand, der reisen will, denke, daß es auf ihn nicht ankommt, und daß eine Person die Eisenbahn nicht belastet. Auf jeden kommt es an!“ — Mit solchen und ähnlichen Kern- und Schlagworten sucht man von der Benutzung der Verkehrsanstalten abzuschrecken. Wir unsererseits möchten den Herren den dringenden Rat geben, sich einmal persönlich durch eine längere Eisenbahnfahrt — aber nicht in amtlicher Eigenschaft erster oder zweiter Klasse, sondern als private Normalpassagiere dritter Kajüte — von den

---

Lisette.

11]

Eine flämische Dorfgeschichte.

Von O. Bilsener.

Deutsche Uebertragung von Hermine Schmidt-Lahr.

6. Kapitel.

Es war ½6 Uhr morgens. Die letzte Morgenröte schwand. Am Horizont stieg schon die heiße Sonne auf und kündete einen schwülen Tag an. Der Teich lag still in seiner grünen Schilfumrahmung und fing den rosigen Wiederschein des Morgenhimmels auf. Fenster und Dächer glitzerten und blinkten. Silbern reine Flötentöne des ersten morgendlichen Vogelgezwitschers wurden unterbrochen vom schrillen Hahnenschrei. Taufrisch erglänzte alles Grün. Die kühle, vom Nachttau gereinigte Luft durchströmte Blumenduft, das Aroma der reifenden Früchte und würzigen Waldgerüche. Das weite Land schien sich der Sonne entgegenzudehnen und die ganze Poesie des erwachenden Morgens in sich zu saugen.

Ueber die Dunggrube gebeugt, schöpfte Bert Rolf mit einem an einen Strick gebundenen alten Eimer Jauche. Mücken umtanzten seinen Kopf. Gurgelnd füllte sich der Eimer, Blasen stiegen aus der Tiefe auf und verpesteten die Luft. Rolf übergab seiner Frau das Gefäß. Sie entleerte es in ein Faß, das auf einer Schiebkarre neben ihr stand.

In ständig gleichbleibendem Takte wiederholten sie diese Handreichungen maschinenmäßig. Sie hätten sich wohl nicht denken können, daß die stickige Luft, die sie in dieser schwülen Atmosphäre unbedenklich einatmeten, einen gewöhnlichen Sterblichen schon in fünf Meter Entfernung umgeworfen hätte.

Als das Faß so voll war, daß es ohne Gefahr, beim Anziehen überzulaufen, nicht weiter gefüllt werden konnte, deckte Rolf einen alten Fetzen Sackleinewand darüber und ergriff die Deichsel. Kaat warf sich ein Seil um die Schultern und zog kräftig am Gefährt mit, indem sie ihrem Manne voraus schritt. Als sie es so eine gute Viertelstunde geschoben und gezogen hatten, kamen sie an ein armseliges Rübenfeld. Hier begann Rolf nun mit derselben maschinenmäßigen Bewegung die braune Brühe zwischen die einzelnen Pflanzen zu verteilen, während seine Frau Blätter ausraufte und jede Staude mit einem Strohseil zusammenband.

Siebenmal machten sie wortlos und gleichmäßig denselben Weg hin und zurück. Als das Faß leer war, setzte sich Bert auf die Schiebkarre und stöhnte: „Man geht doch noch drauf“. Sie nickte bejahend mit dem Kopfe, ließ ihre Arme sinken und wartete auf seine weiteren Aeußerungen.

„Wahrhaftigen Gott,“ fuhr er fort, „es ist doch ein Hundeleben. So geht es nun schon 40 Jahre und so geht es weiter bis wir eines Tages ins Gras beißen.“

„Ja, so ist's,“ gab sie zu und sah ihm in sein ausgetrocknetes Gesicht, in dem der Schweiß die gefurchten Wege seiner Runzeln entlang floß.

„Es müßte schon ein großer Glücksfall kommen, wenn es anders sein sollte.“

„Da hast Du recht, Mann.“ Sie wischte sich mit dem Aermel ihrer Bluse das Gesicht ab und folgte einen Augenblick seinen Gedanken. Und als ob er an seine Gedankengänge von vorher anknüpfen wollte, hub er wieder an:

„Was meinst Du zu der Geschichte von gestern?“

„Was für eine Geschichte?“

„Na, die Geschichte vom jungen Roels mit Lisette natürlich. Wollen sehen, ob er es ernst meint.“

„Natürlich, das muß man sehen.“

„Wenn er aber wirklich anbeißt, kann sich die Kleine wirklich gratulieren; ganz abgesehen davon, daß . . .“

„Daß was?“ Und ihre Augen blitzten.

„Daß auch für unsern Lebensabend etwas abfällt.“

Sie hatten sich gegenseitig wohl verstanden und sahen sich mit einer Miene an, die ganz an den Ausdruck von Raubvögeln gemahnte, so traten ihre Nasen aus ihrem mageren Gesicht hervor, so streckten sich ihre Hälse, so gierig blitzten ihre Augen und ihre Finger schienen ins Leere wie nach Beute zu greifen.

Auf der Straße, die am Felde vorbei führte, kam Edgar daher, auf dem Weg zum Begräbnis des Notars. Es war für ihn allerdings ein Umweg, aber er führte am nächsten bei der Rolfschen Hütte vorbei.

Sofort machten die Alten wieder ihr gewöhnliches harmloses Gesicht. Edgar kam auf sie zu und begrüßte sie:

„Na, Eure Rüben stehen nicht gerade gut, Vater Rolf,“ meinte er, „sie brauchen viel mehr Dung.“

„Ach, Herr Edgar,“ seufzte Bert, „dies Feld wird so nach und nach mit meinem Blut und mit dem der Frau gedüngt. Je mehr ich mich damit abrackere, desto weniger bringt es hervor.“

„Ich werde Euch etwas helfen Rolf, und will morgen früh das Jauchfaß von unserm Hof vorbei fahren lassen. Wollen einmal sehen, ob wir ihm nicht aufhelfen.“

„Das heiße ich doch wirklich höflich,“ meinte Kaat.

„Ach was, hat gar nichts zu sagen. Wenn wir aber schon dabei sind, mache ich Euch den Vorschlag, in den nächsten Tagen einmal Abends zu Euch zu kommen und Euch eine neue Art Rübenkultur beizubringen, die wir eingeführt haben. Mir scheint, daß Ihr etwas rückständig seid. Einverstanden?“

„Einverstanden, Herr Edgar. Ihr Diener.“

„Also auf bald.“

Edgar entfernte sich pfeifend und begeistert vom Feldzugsplan, den er so schlau angelegt hatte und der ihn wohl bald in allernächste Nähe der Geliebten bringen würde.

Nicht minder entzückt standen sich die alten Rolfs mit offenem Munde gegenüber.

Na, na, das schienen ja herrliche Aussichten! Der Wind schien sich ja endlich einmal zu ihren Gunsten zu drehen.

„Mir scheint,“ sagte Rolf, „daß der Kerl verliebt ist und wir diese plötzliche Bereitwilligkeit, uns zu helfen, Lisette verdanken. Stimmts Mutter?“

„Wollen sehen, wo er hinaus will.“

„Wo er hinaus will?“ höhnte Rolf mit einem lauten Lachen. „Na, sie in den Arm nehmen. Sie heiraten, das ist schon fraglicher, aber wir werden ja sehen.“

„Du hast recht, denn man hat ja schon allerei erlebt. Wer weiß.“

„Es kommt darauf an, ob Lisette will.“

„Warum soll sie nicht wollen?“

„Na, wegen Colas.“

„Colas? Vor die Tür werd ich ihn setzen. Nichts leichter als das.“

„Man muß sie einmal aushorchen.“

„Das werde ich schon machen. Donnerwetter, diese Sache lohnt sich schon. Wenn sie ihn dann dazu kriegt, sie zu heiraten, wäre es ein Glück für sie und für uns. Mindestens würde doch für uns ein Pferd abfallen, daß wir unsere alten Knochen nicht weiter schinden müssen, meinst Du nicht?“

„Versteht sich; aber er könnte sie doch auch mit einem Kinde sitzen lassen und sich dann empfehlen. Auch so was hat man schon erlebt.“

„Ja, aber auch das läßt man sich bezahlen, wenn man Beweise hat,“ sagte er, „ich weiß, es gibt darüber ein Gesetz. Muß mal Michaux danach fragen, um nicht hereinzufallen.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191801 14-17/fragment/page=0005

mannigfachen Annehmlichkeiten einer Reise in gegenwärtiger Zeit zu überzeugen. Sie würden dann zweifellos zu dem Resultat kommen, daß heutzutage wahrhaftig kein Mensch aus Uebermut oder zum Vergnügen die Eisenbahnen in Anspruch nimmt. Wer sich den Strapazen aussetzt, die ihn hier erwarten, der muß schon einen sehr ernsten und zwingenden Anlaß dazu haben, und über die unabweisbare Notwendigkeit heißen ihm dann auch die klangvollsten amtlichen Kernsprüche leider nicht hinweg.

* **Wie sehr sich alles verteuert hat!** Eine Leserin des Cöth. Tgbl. übersandte diesem Blatte als Dokument der Zeit eine Preisauszeichnung, die vordem an einem Kinderschürzchen angesteckt war, das sie für 18.50 Mark in einem Geschäfte gekauft hat. Diese Preisauszeichnung besteht aus fünf übereinandergeklebten Zetteln, die, wenn man sie einen nach dem andern entfernt, folgende Zahlen ergeben: 18.50, 12.75, 7.90, 4.25 und 2.95 M. Die Auszeichnung von 2.95 M. dateirt noch aus seligen Friedenszeiten, die übrigen versinnbildlichen die fortschreitende Verteuerung des Lebens. So geht es aber auch mit allen andern Lebensbedürfnissen, teilweise in noch viel weiteren Proportionen.

* **Weihnachtspakete für Hallesche Soldaten an der Front** hat das Rote Kreuz auch diesmal wieder in größeren Mengen abgesandt, trotzdem die Beschaffung geeigneter Geschenke noch viel größere Schwierigkeiten als sonst verursachte. So wurden insgesamt 14 888 Pakete verschickt, wozu noch 476 Pakete von den hiesigen Ersatztruppenteilen kamen. Jedenfalls werden unsere Feldgrauen dem Roten Kreuz dafür wieder recht dankbar gewesen sein.

* **Umfangreiche Diebstähle** führten jetzt den Bautechniker Richard Z. aus Halle vor die Strafkammer. Er war als Hilfsdienstpflichtiger bei einem hiesigen Ersatz-Bataillon als Kammerarbeiter beschäftigt worden und hatte in dieser Eigenschaft von dem ihm anvertrauten Kammereigentum wollene Socken, Unterhosen, Hemden, Pulswärmer, Lungenschützer, vier Kilo Lederabfälle, sowie Mäntel, Litzwäsen, Schirmmützen und andere militärische Ausrüstungsstücke gestohlen. Der Gesamtwert der veruntreuten Gegenstände beträgt gegen 1200 M. Der Staatsanwalt beantragte gegen den geständigen Angeklagten ein Jahr sechs Monate Gefängnis, da der Angeklagte außerordentlich viel gestohlen und fortgesetzt verbrecherische Neigungen betätigt habe. Die Strafkammer erkannte wegen einfachen Diebstahls auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft und zugleich auf die Dauer von 3 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Da der Angeklagte sechs Häuser besitze, habe keine Not vorgelegen, zu stehlen, die Militärbehörde habe auch deshalb keine Veranlassung gehabt, ihm zu mißtrauen; das genossene Vertrauen habe der Angeklagte aber mißbraucht und er verdiene daher keine Milde. — Der Angeklagte erklärte sich auf Befragen bereit, auf Revision zu verzichten und die Strafe sofort antreten zu wollen.

* **Die Akademische Ortsgruppe der Vaterlandspartei** ist nun gegründet worden. Hierüber wird berichtet: „Nach Wahl eines Vorstandes von drei Vorsitzenden und ihrer Stellvertreter wurde beschlossen, in enge Fühlung zu der Halleschen Ortsgruppe der Vaterlandspartei zu treten. Alle Monate soll mindestens eine Mitgliederversammlung stattfinden. Daneben sind öffentliche Versammlungen ins Auge gefaßt, zu denen der Zutritt auch Andersdenkenden freisteht, und die den Charakter öffentlicher Aussprachen tragen sollen. Der Zweck dieser akademischen Gruppe besteht in der Aufklärung der Kommilitonen und der Werbearbeit für die Ziele der Deutschen Vaterlandspartei. Die nächste Aufgabe für die hiesige neugegründete Gruppe wird die Fühlungnahme mit der Berliner akademischen Ortsgruppe und die Abfassung einer Resolution gegen die Angriffe des Berliner Tageblattes gegen die akademische Ortsgruppe in Berlin sein. Die nächste Mitgliederversammlung wurde für Freitag, 18. Januar, festgesetzt. Nähere Bekanntmachungen erfolgen durch Anschlag am Schwarzen Brett im Universitätsgebäude." Die ganze Sache ist also nichts anderes als eine sozusagen versjüngte Ausgabe desselben Bemühens der alten Herren von der **Vaterlandspartei, das auf die künstliche Züchtung einer alldeutschen Hurrastimmung hinausläuft.** Nur haben die Herren Komilitonen wenigstens den Mut, einer öffentlichen Auseinandersetzung nicht aus dem Wege zu gehen. Und das ist die interessanteste Seite der ganzen Gründung, denn nun kann den Herrschaften von der Vaterlandspartei auch in Rede und Widerrede gesagt werden, was die übrigen Volkskreise über sie denken. Die alten Herren freilich werden ihre alten Gewohnheit weiter treu bleiben und nicht nur keine Aussprache, sondern auch fernerhin nur diejenigen Personen zulassen, „die auf dem Boden der Vaterlandspartei" stehen. Sie mögen uns vielmals gegrüßt sein!

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Kunstgewerbliche Ausstellung alter Handarbeiten. Zum Besten des Nationalen Frauendienstes in Halle veranstaltet die Direktion der Handwerkerschule in der Zeit vom 19. Januar bis 10. Februar in den Räumen der Handwerkerschule, Gutzkowstraße 1, eine Ausstellung alter Handarbeiten aus hallescheem Privatbesitz. Die zahlreiche Beschickung von künstlerisch und kunstgewerblich sehr wertvollen Gegenständen aller Art, von Stickereien, zum größten Teil aus der wertvollen Sammlung von Fräulein Johanna Rauchfuß, von Stickereien, Spitzen, Häkelarbeiten, Webereien, handgeknüpften Teppichen, Gobelins, Perlarbeiten, Kostümen, Mützen, Schmuck, Dosen, Kassetten, Feinmetallarbeiten, ferner von Miniaturen, Silhouetten, Daguerotypen u. a. m. verspricht, daß ein außerordentlich interessanter und seltener Ueberblick über den Kunstbesitz hallescher Familien geboten werden kann. Geeignete Gegenstände werden noch bis zum 16. Januar in der Direktion der Handwerkerschule angenommen. — In Verbindung mit dieser Ausstellung wird an den vier Sonnabenden, den 19. und 26. Januar, 2. und 9. Februar, abends 8¼ Uhr, „Alte Musik" durch ein Streichquartett und im Anschluß daran das Puppenspiel „Doktor Faust" auf der Vulcanellenbühne vorgeführt. Am 28. und 30. Januar, sowie 6. Februar, jedesmal nachmittags 5 Uhr, finden Kindervorstellungen des Puppenspiels statt. Die künstlerische Leitung der Ausstellung und des Puppenspiels hat der Direktor der Handwerkerschule, der Architekt Herr Paul Thiersch, übernommen; im Puppenspiel und seiner Ausstattung wirken mit: Herr Bildhauer Weibang, Herr Dr. Hagen und Fräulein Maria Lilkarz mit den Schülern ihrer kunstgewerblichen Fachklasse. Näheres wird noch durch die Plakate mitgeteilt.

Vortragszyklus des Provinzialvereins für Vorgeschichte. Heute, Montag, abends 8¼ Uhr, findet im Provinzialmuseum der zweite Vortrag statt, der den Menschen der beginnenden erdgeschichtlichen Gegenwart behandelt. Die Geschäftsstelle des Landesvereins ist das Provinzialmuseum. Der Mitgliederbeitrag beträgt jährlich 2 M., die Vorträge einbegriffen. Nichtmitgliedern kostet der Eintrittspreis bei jedem der noch folgenden 10 Vorträge, die auch einzeln verständlich sind, 50 Pf.

Aus der Provinz.

Merseburg. Fahrplanänderung. Von Dienstag, den 15. Januar, verkehren die Personenzüge:
2087 Merseburg (ab 1.50 Nachm.) — Schafstädt (an 2.38 Nachm.) und
2092 Schafstädt (ab 6.31 Nachm.) — Merseburg (an 7.26 Nachm.)
nur noch Sonn- und Festtags.

Dagegen werden an den Werktagen die Züge 8895 W und 8800 W in folgendem Fahrplan für die Personenbeförderung wieder vorgesehen:

8895 W			8800 W
2.08 ab	Merseburg	◇	an 6.59
2.39 „	Knapendorf		ab 6.44
3.00 „	Milzau		„ 6.32
3.13 an	Lauchstedt		„ 6.10
3.43 ab			an 5.25
3.58 „	Gr. Gräfendorf		ab 5.15
4.07 an	◇ Schafstädt		„ 5.00

Merseburg. Das Sturmunwetter der letzten Tage hat hier zahlreiche Schäden gezeitigt. Besonders empfindlich waren die Störungen in der Elektrizitätsversorgung sowie im Fernsprech- und Telegraphennetzwerk. An der neuen Straßenbahnstraße Merseburg-Mücheln sind fast sämtliche Leitungsdrähte zerrissen.

— Vom Oberversicherungsamt. Als ärztliche Sachverständige beim Oberversicherungsamt und als Gerichtsärzte wurden die Sanitätsräte Dr. Brohmann und Dr. Weinreich bestimmt.

— Plötzlicher Tod. Einen tödlichen Schlaganfall erlitt im Steuerbureau des hiesigen Kreishauses der 70jährige Gutsbesitzer Schmeißer aus Kleingräfendorf.

Weißenfels. In der letzten Stadtverordnetensitzung am Donnerstag wurden die neugewählten Stadtverordneten Bünsch, Lautenschläger, Stirnemann, Wenzel und Wolf durch Oberbürgermeister Daehn in Pflicht genommen und hierauf Vorstand sowie Ausschüsse neu gewählt. Ein nicht genannt sein wollender Bürger hat dem städt. Krankenhause einen Höhensonnen-Apparat geschenkt; die Versammlung nahm die Schenkung unter dem Ausdrucke des Dankes an. Verschiedene Ueberschreitungen des Haushaltsplanes wurden nachbewilligt. Für die Errichtung einer Alt-Möbelstelle wurde ein Betriebsfonds von 10 000 Mark vorschußweise bewilligt und beschlossen, eine Deputation zur Verwaltung der Alt-Möbelstelle einzusetzen, bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern, drei Stadtverordneten und zwei Bürgern. Zur Verstärkung des gemeinsamen Verfügungsfonds wurden 10 000 M. aus den Kämmereiüberschüssen des Jahres 1916 bewilligt. Dem vom Magistrat vorgelegten Entwurfe einer neuen Gebühren-Ordnung für Desinfektionen wurde zugestimmt. Die Rechnung der Pfandleihkasse für 1916, die in Einnahme mit 17 822 M., in Ausgabe mit 17 645 M. und einem Kassenbestande von 275 M. abschließt, wurde in dieser Höhe festgesetzt und die Entlastung des Rechnungslegers ausgesprochen. Das Vermögen beträgt 18 468 M. Von der endgültigen Anstellung des Magistratsassistenten Peger wurde Kenntnis genommen. Dem Gewerkschaftskartell wurde eine Beihilfe von 200 M. bewilligt. Der Haushaltplan des Elektrizitätswerkes für 1918, der in Einnahme und Ausgabe mit 418 500 Mark aufgeht, wurde in dieser Höhe festgestellt und angenommen.

Naumburg. Ein neuer Kleinhandelshöchstpreis für Kartoffeln ist jetzt vom Magistrat bestimmt worden. Er beträgt 8 Pf. für das Pfund.

— Lebensmittelmarken nur an den Stammkarten gültig. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, hat sich die im vorigen Jahr getroffene Anordnung, daß die Lebensmittelmarken auch ohne Stammkarte verwendet werden können, nicht aufrecht erhalten lassen. Abgesehen davon, daß immer wieder versucht worden ist, in anderen Bezirken zu kaufen, hat ein starker Handel mit abgeschnittenen Marken eingesetzt, insbesondere sind verloren gegangene Lebensmittelmarken gehandelt worden. Die einzelne Marke hat zum Versuch der Fälschung stärkeren Anreiz gegeben. Auch die erwartete Einschränkung der Anträge auf den Ersatz verlorener Karten ist nicht eingetreten. Alle diese Gründe mußten wieder zur Herstellung des früheren Zustandes führen, daß alle Marken nur in Verbindung mit den Stammkarten gültig sind. Es ist jedoch Vorsorge getroffen, daß die Ausgabe von Waren und neuen Karten nicht zusammenfällt.

— Eßt doch Weizenbrot! So heißt es jetzt von amtlicher Stelle, indem bekannt gegeben wird: In weiten Kreisen der Bevölkerung scheint nicht bekannt zu sein, daß es nach der Magistratsanordnung vom 10. November 1917 gestattet ist, Brot aus reinem Weizenmehl unter Zusatz von Kartoffeln herzustellen. Das Weizenbrot ist für viele besser bekömmlich und leichter verdaulich, als das Roggenbrot. Manche Kranke brauchen, wenn sie solches Weizenbrot verzehren, kein Krankenmehl zu beantragen. Man verlange daher beim Bäcker solches Weizenbrot. Der Preis beträgt 21 Pf. für das Pfund. Das Brot ist im Verhältnis nicht etwa teurer als das Roggenbrot, denn es ist infolge seines größeren Kiebereichtums besser aufgeschlossen und hat den entsprechenden Wert.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 14. bis 20. Januar 1918 gelangen zur Verteilung: auf Brotaufstrichkarte, Abschnitt 18, 250 Gramm Marmelade, Preis 45 Pf.; auf Lebensmittelmarke 95 100 Gramm Hülsenfruchtsuppe, Preis 19 Pf., oder 100 Gramm Mischsuppe, Preis 17 Pf., oder 100 Gramm Kartoffelsuppe, Preis 15 Pf., je nach Vorrat. Verkauft werden Marmelade von Donnerstag, den 17. Januar, an in allen Geschäften, Suppen von Freitag, den 18. Januar, an.

— Kriegsteuerungszulagen sollen jetzt die städtischen Lehrer, Beamten, Angestellten und Arbeiter erhalten. So will es eine Magistratsvorlage, die auf der Tagesordnung einer am Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetensitzung steht. Außerdem ist wohl auch eine Erhöhung der Unterstützungen an die Familien der Kriegsteilnehmer geplant; wenigstens kann man das aus einer entsprechenden Angabe herauslesen. Weiterhin sollen Mittel zur Unterstützung und Förderung begabter Schüler und schulentlassener junger Leute bereitgestellt werden.

Bitterfeld. Fahrplan-Aenderung. Wie aus einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion hervorgeht, fallen der 10.50 vormittags von Bitterfeld nach Leipzig fahrende Zug Nr. 44 und der nachmittags 5.30 von Leipzig nach Bitterfeld—Dessau fahrende Zug Nr. 419 an Sonn- und Festtagen aus.

Wittenberg. Eingepökeltes Schwein gestohlen. Mit einem Nachschlüssel haben sich in der Nacht zum Mittwoch Diebe, die sehr genau Bescheid gewußt haben müssen, Eingang in das Hausgrundstück Grünstraße 28 verschafft. Offensichtlich sind sie durch die Haustür eingedrungen und haben dann aus dem ebenfalls verschlossen gewesenen Keller des Privatmanns Karl Weser das Eingepökelte eines erst kürzlich geschlachteten Schweines gestohlen.

Torgau. Sie schämen sich ihres Namens! Bei den Vaterländischen hat vorige Woche irgendwer über irgendwas gesprochen. In der Aussprache darüber wies der Stadtrat Nothe darauf hin, daß viele an dem Namen „Vaterlandspartei" Anstoß nehmen und deshalb ihr fernbleiben. Er stellte den Antrag, bei der Hauptleitung auf Aenderung des Namens, etwa in Vaterlandsbund oder dergl., hinzuwirken. Ferner wünschte er, daß die Vaterlandspartei auch nach Innen den Hebel ansetzen möge, z. B. damit man nach Kriegsende so schnell als möglich wieder zu einem freien Verkehr komme. Der Gymnasialprofessor Schröder trat ebenfalls für die Namensänderung ein, sprach dann über die etwaigen Gefahren eines nichtdeutschen Friedens und wies schließlich auf die Bedenken hin, das Wirken der Vaterlandspartei auf die innere Politik auszudehnen. Der Lehrer Schröder betonte die Notwendigkeit einer Kundgebung, während der Werkmeister Vellage an Hand verschiedener Auslassungen die Notwendigkeit eines guten Friedens für den deutschen Arbeiter darlegte. Der Stahlwerksdirektor Dr. Gärtner berührte u. a. die Frage der finanziellen Lasten des Krieges. Wenn Deutschland auch nicht alle Kriegskosten wiedererstatten werden können, so müsse es doch darauf dringen, daß man wenigstens einen erheblichen Teil erhalte. Nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß der Vorstand einen entsprechenden Antrag auf Namensänderung an die Hauptleitung richten werde, sprach Herr Landtagsabg. Oberstleutnant z. D. Pfeffer einige Schlußworte an die Versammlung. So sehen die Herrschaften von der Vaterlandspartei aus, und ob sie auch zehnmal ihren Namen ändern, sie bleiben, wer sie sind und werden auch weiterhin so bewertet.

Sangerhausen. Die Herstellung von Dörrgemüse hat nun auch die hiesige Attien-Malzfabrik im Nebenbetriebe aufgenommen. Sie hat mit der Reichsstelle für Gemüse und Obst einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihr von dieser das erforderliche Gemüse geliefert wird. Große Sendungen von Mohrrüben und Kohlrüben aus Holen sind bereits hier eingetroffen, so daß mit der Verarbeitung dieses Gemüses vor einigen Tagen begonnen werden konnte. Die Fabrik hofft, sobald die Arbeiten ungestört im Gange sind, täglich mindestens 600 Zentner Dörrgemüse herstellen zu können.

Kleine Nachrichten. In Döllnitz wurden zwei Haushaltungen um ihre Wäsche bestohlen. Die Hausfrauen, die die Wäsche des nachts über auf den Leinen in ihren Räumlichkeiten belassen hatten, sahen morgens zu ihrem Schrecken, daß diese von den Leinen verschwunden war. Auch bei diesen Diebstählen, bei denen ärmere Leute betroffen sind, fehlt über den Verbleib näherer Anhalt. — Wildtiebe treiben sich besonders während der letzten Zeit in der Gegend von Beesedau herum. In diesen Tagen hörte man im Nachbargelände Schüsse und gewährte auch einen „Geheimjäger", der eben zwei erlegte Rehe einpacken wollte. Der unberechtigte Jagdteilnehmer verschwand im Phulischen Busche; die Jagdbeute mußte er aber zurücklassen. — Aus Domnitzsch wird berichtet: Mit einem französischen Gefangenen ist die Mitte der zwanziger Jahre stehende Ehefrau des Maurers Bernhard von hier durchgebrannt, der sich im Felde befindet. Aus schriftlichen Mitteilungen gab sie ihrem Vorhaben Ausdruck und empfiehlt ihr zurückgelassenes Kind der Fürsorge einer Nachbarin. Der Gefangene, dem von der Frau Zwischlieder verschafft wurden, verfügt anscheinend über ausreichende Geldmittel. — In der Lederfabrik von Otto Kühne zu Ermsleben brach Großfeuer aus, das gute Nahrung an Holz und anderen Beständen fand. In kurzer Zeit war die Fabrik ein Raub der Flammen. Große Mengen Leder fielen dem Feuer zum Opfer. Durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr wurde das Feuer auf seinen Herd beschränkt, doch brannte die Fabrik bis auf die Grundmauern nieder.

Die Vorgeschichte Europas.

I. Der Urmensch.

Von Dr. H. Hahne,
Direktor des Provinzialmuseums zu Halle.

Wie wir bereits kurz referierend mitgeteilt haben, hält Herr Dr. Hahne vom Landesverein für Vorgeschichte zur Zeit im Provinzialmuseum einen Vortragszyklus über „Die Vorgeschichte Europas" ab. Den ersten Vortrag dieser Vortragsreihe, der am vorigen Montag stattfand, geben wir nachstehend wieder. Die übrigen werden wir regelmäßig folgen lassen. Die Redaktion.

Viel enger hängt im Sinne der Abstammungs- und Vererbungslehre der heute lebende Mensch Europas mit den vorgeschichtlichen und urzeitlichen Europäer zusammen als gewöhnlich angenommen wurde; es gilt, die Aehnlichkeiten zwischen Ahnen und Nachkommen aufzusuchen und nicht die Unterschiede ungebührlich zu betonen. Die ständig zunehmende Menge der Funde körperlicher Reste zeigen klare Rassenzusammenhänge, und viele Merkmale der Lebensäußerungen bis in die höchsten Lagen geistiger Leistungen lassen zwischen heutigen Europamenschen und den vor- und urzeitlichen Vorfahren bis vor mehreren 100 000 Jahren Uebereinstimmungen erkennen, die „gleiches Blut" bedeuten, — und anderseits tiefgründige Unterschiede gegenüber andern Rassen und sonstigen Menschengruppen der Ur-, Vor- und Jetztzeit.

Das älteste Zeugnis vom Menschen in Europa ist der Unterkiefer von Mauer bei Neckargemünd; infolge entwicklungsgeschichtlicher Merkmale als Beleg für die Tierabstammung des Menschen und deren besondere Wege. Er weist erneut darauf hin, daß die Annahme berechtigt ist, den Menschen als einen alten Säugerstamm aufzufassen, wohl im „Tertiär" entsprossen, zwar keineswegs aus dem Stamm der zu den heutigen Affen führt, ihnen aber blutverwandtschaftlich sehr nahestehend, vielleicht in dem Sinne, daß er der Hauptstamm, die Affenreihe aber ein abwegig spezialisierter alter Nebenzweig ist.

Den Menschen von Mauer gleichaltrig, aus dem Beginn der großen Eiszeit der letztvergangenen Erdperiode, sind von andern Stellen Funde einfachster Steingeräte bekannt geworden, die den Anfang der materiellen Menschenkultur darstellen. Aus dem Tertiär sind derartig sichere Spuren noch nicht nachgewiesen.

Während der ersten Vereisungsperiode mehren sich besonders in dem eisfreien Westeuropa die Funde von körperlichen und kulturellen Resten des Menschen immerfort. Getragen von einer noch ganz primitiven Rasse, die nach dem ersten bedeutenden Funde die Rasse von Neandertal (bei Düsseldorf) genannt wird, diese erste schärfer umschriebene Kulturgruppe, ihr Inhalt, soweit er die jahrtausendjährige Verwitterung der Erdoberfläche überdauert hat, zeigt eine mit dem Feuergebrauch bekannte Kultur, wahrscheinlich schweifender Jäger. Der handfüllende, geschickt zugeschlagene Faustkeil und einfache aus Feuersteintrümmern hergestellte Kleingeräte bilden ihr Hauptwerkzeuginventar.

Ein völlig anderes Bild bietet sich mit dem Beginn besserer Lebensbedingungen auf weiteren Strecken Europas in der folgenden Zwischenzeit: zunächst eine Entwicklung der Eiszeitrasse und ihrer Kultur in den Bahnen der vorherigen Kultur, dann das Auftreten mindestens einer wohl vom ständig eisfreien Südosten hergekommenen neuen Rasse, die zwar nahe wurzelverwandt mit der von Neandertal ist, sie aber in körperlicher und kultureller Höherentwicklung in dieser Zeit weit überragt. Neben einer außerordentlich verfeinerten Steintechnik und einer vielgestaltigen Knochen-, Horn- und Geweihbearbeitung mit zum Teil feinornamentierten Geräten tritt anscheinend ganz unvermittelt die bildende Kunst, auch in höheren Leistungen, auf. Im Anfang stehen wohl plastische Arbeiten: Bilder von Jagdtieren, Weibern, selten auch Männern in ausgezeichneter naturgetreuer Wiedergabe, die aber keineswegs stumpfsinnige Kopierungen des Gesehenen darstellt, sondern die Dinge durch das oft beträchtliche lebhafte Temperament des Künstlers gesehen wiedergibt. Ganz besonders gilt dies von Zeichnungen und regelrechten Gemälden, die bisweilen in mehreren Farben ausgeführt an Innenwänden von Höhlen zu finden sind, die jenen Menschen als Unterschlupf dienten. Da sehen wir wiederum besonders die Jagdtiere; kennzeichnend ist, daß sie so gut wie niemals zu irgendwelchen Szenen zusammengestellt sind, sondern daß immer wieder offenbar wird, daß das Jagderlebnis, in dessen Mittelpunkt die Jagdbeute stand, lediglich diesen Gegenstand in oft hochkünstlerischer Weise bannen lehrte: im Gedächtnis des Jägers, der es dann in der Dunkelheit der Höhle unter den Nachwirkungen seiner künstlerischen Erregung wiedergab.

Diese Kultur entwickelt sich, getragen von der Rasse von Aurignac und ihren nächstverwandten, durch die ganzen folgenden Eiszeitabschnitte und ist dann in die vorgeschichtlichen Gruppen hinein zu verfolgen. Mischungen mit der Neandertalrasse und anderen während der Eiszeit und später hinzukommenden Menschengruppen geben die Unterlage für die Weiterentwicklung in der erdgeschichtlichen Gegenwart, in der dann die Wurzeln der geschichtlichen europäischen Völker bald erkennbar werden.

Beobachtungen und Schlüsse über andere Lebensäußerungen der urzeitlichen Menschengruppen, Begräbnisgebräuche, Hinweise auf kultische und andere Vorstellungen, Einzelheiten auch der äußeren Kultur sprechen heute schon so lebendig aus der Masse der Funde, daß der „Urmensch" Europas heute nicht viel weniger bekannt in seinen Lebensäußerungen ist, als der vorgeschichtliche, dessen spätere Entwicklungsstufen heute bereits, wenn auch ohne geschriebene Geschichte, so doch in vielen Einzelzügen des Lebens und der körperlichen Zustände so wohl bekannt ist, wie manche „geschichtlichen Gruppen" es nicht sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180114-17/fragment/page=0006